

**26. März 2003**

**DIE ERWEITERUNG  
DER EUROPÄISCHEN UNION**

**\*\*\***

**ERRUNGENSCHAFTEN  
UND HERAUSFORDERUNGEN**

**Bericht von Wim Kok  
an die Europäische Kommission**

Wim Kok wurde 1938 in Bergambacht (Niederlande) geboren. Vor seinem Eintritt in die Politik war er in der Gewerkschaftsbewegung tätig und fungierte als Vorsitzender des niederländischen Gewerkschaftsverbandes sowie als Präsident des Europäischen Gewerkschaftsverbandes. Er war Mitglied des Parlaments und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei (PvdA) der Niederlande und stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Internationale. Von 1989 bis 1994 bekleidete er das Amt des Finanzministers und stellvertretenden Premierministers, von 1994 bis 2002 war er Premierminister der Niederlande.

# INHALT

## **Einführung von Wim Kok**

- Meine Ziele in diesem Bericht
- Erweiterung - warum?
- Der heutige Kontext
- Mein Ansatz
- Fünf-Punkte-Agenda

## **Zusammenfassung**

- Frieden und Stabilität auf kontinentaler Ebene
- Gemeinsames Handeln als Europäer
- Wirtschaftsförderung
- Mehr Sicherheit für Europa
- Nachbarschaftspolitik
- Europas Rolle in der Weltpolitik

## **1 Aufbau des neuen Europas**

- Warum die EU erweitert wird
- Gründe für das Beitrittsersuchen von Staaten
- Erweiterungen in der Vergangenheit
- Die derzeitige Erweiterungsrunde

## **2 Die Bürger und die sich erweiternde Europäische Union**

- Die derzeitigen Mitglieder
- Die zukünftigen Mitglieder
- Häufig gestellte Fragen

## **3 Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Finanzen**

- Die wirtschaftlichen Auswirkungen
  - Handel
  - Investitionen
  - Migration und der Arbeitsmarkt
  - Wirtschafts- und Währungsunion
  - Die Lissabon-Strategie
- Die Haushaltskosten

## **4 Lebensqualität**

- Interne Sicherheit
- Umwelt
- Nukleare Sicherheit
- Lebensmittelstandards

## **5 Europa in der Welt**

- Außen- und Sicherheitspolitik
- Internationale Wirtschaftsbeziehungen
- Nachbarschaftspolitik

## **6 Gemeinsames Handeln in Europa**

- Fragen der Identität
- Reform der EU-Institutionen
- Bessere Richtlinienumsetzung

## **Anhänge**

Karte von Europa

Tabellen

1. Grundlegende Daten über die EU und die künftigen Mitgliedstaaten
2. Akzeptanz der Erweiterung in den EU-Mitgliedstaaten
3. Akzeptanz des Beitritts in künftigen Mitgliedstaaten
4. EU-Handel mit Mittel- und Osteuropa
5. Wirtschaftswachstum in der EU und in den künftigen Mitgliedstaaten
6. EU-Ausgaben für die Erweiterung: Heranführung
7. EU-Ausgaben für die Erweiterung: nach dem Beitritt

Veranstaltungen und Teilnehmer

1. Workshops am European University Institute
2. Konsultationen mit Nichtregierungsorganisationen
3. Besuche in künftigen Mitgliedstaaten

Bibliographie

## **Dank**

Romano Prodi, der Präsident der Europäischen Kommission, hat mich gebeten, diesen Bericht bis Ende März 2003 vorzulegen. In der mir zur Verfügung stehenden begrenzten Zeit (vier Monate) habe ich im Rahmen einer Reihe von Treffen mit Experten aus vielen verschiedenen Ländern und mit verschiedenen Hintergründen, in Kontakten mit europäischen Nicht-Regierungsorganisationen sowie bei Besuchen zukünftiger Mitgliedstaaten so viele Meinungen wie möglich zusammengetragen.

Obwohl ich die Verantwortung für den Bericht trage, haben zahlreiche Personen und Organisationen dazu beigetragen.

Ich möchte den Mitarbeitern des Robert-Schuman-Zentrums des Europäischen Hochschulinstituts Florenz für die Ausarbeitung und Publizierung dieses Berichts sowie für die Organisation einer Reihe von Treffen mit Experten danken.

Am Robert-Schuman-Zentrum fungierte Graham Avery als Projektleiter und Berichtersteller, assistiert von Wim Van Aken und Will Phelan, mit der Beratung und Unterstützung von Helen Wallace und Jan Zielonka.

Unter den zahlreichen Experten, die zu diesem Bericht beigetragen haben, möchte ich insbesondere Christoph Bertram, Fernando Fernandez, Heather Grabbe, Andras Inotai und Olli Rehn danken, die ihre Zeit großzügig zur Verfügung gestellt haben, um mir in den Endphasen des Berichts mit Hilfe und Beratung zur Seite zu stehen, sowie John Wyles von GPlus Europe, der mir bei Kontakten mit der Presse behilflich war.

Ich danke Günter Verheugen, dem für die Erweiterung zuständigen EU-Kommissar, für seine Unterstützung sowie den Beamten seiner Abteilung und anderen Abteilungen der Kommission, die mir bei der Ausarbeitung dieses Berichts geholfen haben, insbesondere Alain Servantie.

Und schließlich danke ich Joost Klarenbeek vom Außenministerium der Niederlande, der mich durch das gesamte Projekt mit wertvoller Hilfe begleitet hat.

## EINFÜHRUNG

### *Meine Ziele in diesem Bericht*

In diesem Bericht sollen die Auswirkungen und Herausforderungen der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union (EU) untersucht werden.

In erster Linie soll versucht werden, die vorherrschenden Fragen zu beantworten, die von den Bürgern während des Verfahrens zur Ratifizierung des Beitritts der zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 gestellt werden. *Warum wird die EU von 15 auf 25 (und später mehr) Mitglieder erweitert? Welche Auswirkungen wird die Erweiterung auf das tägliche Leben der Bürger haben? Sind die Hoffnungen und Zweifel, die in den derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten zum Ausdruck gebracht werden, begründet?* Diese Fragen der Bürger verdienen ernsthafte Antworten. Mein Ziel ist es, nicht nur die Vorteile und Möglichkeiten, die sich durch den Beitritt der neuen Mitglieder in die EU ergeben, ausgewogen dazulegen, sondern auch die damit verbundenen potenziellen Hindernisse, Kosten und Risiken.

In zweiter Linie befasst sich der Bericht mit den wesentlichen Problemen, die sich durch die Erweiterung ergeben. Der Beitritt der zehn Länder im Jahr 2004 ist nur eine Etappe in einem Prozess, der vor mehr als einem Jahrzehnt begann und über viele Jahre hinweg andauern wird. Die alten und neuen Mitglieder haben viel auf diesem Weg erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun. *Wie lässt sich gewährleisten, dass die Erweiterung ein Erfolg sein wird? Was muss getan werden, um vollen Nutzen aus der Erweiterung zu ziehen und nicht einen Teilerfolg oder sogar Fehlschlag hinnehmen zu müssen?* Mein Ziel ist es, die Hauptbereiche darzulegen, in denen die EU eine Strategie entwickeln muss, um den Erfolg der Erweiterung sicherzustellen.

Obwohl die Erweiterung in der Öffentlichkeit allgemein auf ein positives Echo stößt, besteht weiterer Informationsbedarf auf breiter Front. Einige der gestellten Fragen betreffen grundlegende Probleme der europäischen Integration. Wird die Erweiterung der EU um weitere Länder mit einem Verlust der nationalen Identität einhergehen? Wird es angesichts so vieler Mitglieder möglich sein, Entscheidungen in der EU zu treffen? Kann die Erweiterung dazu beitragen, der EU mehr Gehör in der Weltpolitik zu verschaffen? Da die Erweiterung unmittelbar bevorsteht, muss die EU diese Fragen beantworten.

Der Prozess der Zusammenführung von Gesellschaften und Menschen beginnt zum jetzigen Zeitpunkt. Es ist wie ein Zusammenschluss in der Geschäftswelt: Der reale Erfolg zeigt sich, wenn es für die Menschen im Arbeitsleben zur täglichen Realität geworden ist. Aus diesem Grund benötigen wir eine klar definierte Agenda für die Bewältigung des Wandels in der erweiterten EU.

### ***Erweiterung - warum?***

Diese Erweiterung ist das ehrgeizigste Projekt, das die EU je in Angriff genommen hat: Es geht um die Wiedervereinigung des europäischen Kontinents, der nach dem letzten Weltkrieg geteilt wurde. Vorangegangene Erweiterungen haben in einem geteilten Europa stattgefunden. Diese Erweiterung trägt jedoch zur Verwirklichung des Traums der EU-Gründungsväter bei, nämlich ein ganzes und freies Europa zu schaffen.

Ich war während meines gesamten Lebens ein überzeugter Europäer. Aus meinen Jugendjahren erinnere ich mich an den letzten Weltkrieg, und ich kenne den Wert des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands der heutigen Zeit. Ich weiß, wie viel wir durch den Prozess der europäischen Integration in den vergangenen 50 Jahren gewonnen haben. Die Kriege und Gräueltaten im früheren Jugoslawien haben gezeigt, was Europäer einander antun können, wenn zugelassen wird, dass die Kräfte der Auflösung den Wunsch nach Einheit verdrängen.

Die Erweiterung der Europäischen Union bedeutet daher für mich die Erfüllung einer Vision – einer Vision, die in Zeiten, in denen Sicherheit und Wohlstand in Europa als selbstverständlich hingenommen werden, allzu leicht in Vergessenheit gerät. Wenn wir jedoch innehalten und nachdenken, werden wir feststellen, dass es bei der EU und ihrer Erweiterung exakt um diese Vision geht: die Vereinigung der Menschen Europas in einem verfassungsmäßigen Rahmen, der sie dazu ermutigt, in Frieden und Stabilität zusammenzuarbeiten.

Für die Menschen in Mittel- und Osteuropa symbolisierte Europa die Werte, die sie seit mehr als einer Generation während der Phase des Eisernen Vorhangs und des Kalten Krieges zurücksehnten. Jedoch war die Rückkehr zu Europa für sie weitaus mehr als nur ein Symbol: Die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft hat zu ihrer unumstößlichen Entscheidung für eine pluralistische Demokratie und Marktwirtschaft beigetragen und sie zu Reformen ermutigt. Die Aussicht auf diesen stabilen Anker war die Vorbedingung für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wohlstands, der wiederum die fortgesetzte Stabilität in dieser Region untermauert.

Ihr Weg in Richtung Europa war jedoch ein schwieriger Weg. Der Umwandlungsprozess hat zu massiven Veränderungen überall in Mittel- und Osteuropa geführt. Aber nicht alle haben



gleichermaßen von den neuen Möglichkeiten profitiert, und alte Formen der Sicherheit haben sich aufgelöst. Die eigentlichen Kosten der Erweiterung lassen sich nicht am Haushalt der EU messen: Die weit reichendsten Auswirkungen der Anpassung haben die zukünftigen Mitgliedstaaten bereits zu spüren bekommen.

Für die Menschen in den derzeitigen EU-Mitgliedstaaten bedeuten die Stabilität und Demokratie in Mittel- und Osteuropa bereits große Vorteile, und zwar nicht nur im Sinne der Sicherheit, sondern auch in Bezug auf den Wohlstand: Der rapide Anstieg des Handels hat Westeuropa Gelegenheiten für wirtschaftliche Förderung, Investitionen, mehr Beschäftigung und mehr Wachstum eröffnet.

Diese Vorteile werden mit der 2004 stattfindenden Erweiterung sowohl für die alten als auch für die neuen Mitglieder konsolidiert und verstärkt, vorausgesetzt, die EU meistert ihre derzeitigen Herausforderungen.

### ***Der heutige Kontext***

Die Erweiterung findet zu einem Zeitpunkt statt, zu dem die EU vor wesentlichen Herausforderungen hinsichtlich ihrer *Wirtschaftsleistung*, ihres *internen Zusammenhalts* und ihrer *externen Rolle* steht.

Die Weltwirtschaft befindet sich in Schwierigkeiten. Der Wachstumsmotor ist in Europa – zumindest in den derzeitigen Mitgliedstaaten – fast ganz zum Stillstand gekommen, und die Arbeitslosenzahlen verharren auf unverändert hohem Niveau. In ihrer Lissabon-Strategie haben die Staats- und Regierungschefs der EU sich das Ziel gesetzt, dass die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden soll, jedoch wurden diese hochtragenden Worte bisher nicht von den notwendigen Strukturreformen im Hinblick auf ein langfristiges stabiles Wachstum sowie eine dynamische Reaktion auf die Globalisierung begleitet. Die Welt wartet nicht auf uns.

Aus Mangel an politischem Willen und wegen der schwierigen Entscheidungsfindung hat die EU es in ihrer Innenpolitik versäumt, auf die Bedenken der Bürger auf zahlreichen Gebieten angemessen zu reagieren. Die Ergebnisse der „Konvention über die Zukunft Europas“ werden von ausschlaggebender Bedeutung sein. Wir benötigen ein rechtsstaatliches System, das eine

bessere Balance zwischen den Doppelanforderungen hinsichtlich Effizienz und demokratischer Rechtmäßigkeit garantiert. Die EU muss sich selbst neu erfinden. Jedoch ist das heutige Umfeld weit davon entfernt, eine ideale Plattform für neue Ambitionen oder großartige Ideen zu bilden. Unter den Bürgern Europas macht sich zunehmende Unsicherheit und wachsende Furcht vor dem Unbekannten breit.

Außenpolitisch hat die EU bei der Bewältigung des Irak-Problems, der wichtigsten außenpolitischen Frage in der heutigen Welt, keine Funktion übernommen. Die EU-Mitglieder waren tief und sichtbar gespalten. Noch schlimmer ist, dass die EU und ihre außenpolitischen Instrumente überhaupt nicht zum Tragen kamen. Während einzelne Mitgliedstaaten in dieser Frage eine Hauptrolle auf der internationalen Bühne übernahmen, war Europa als Ganzes nicht existent. Diese Situation ist für die Bürger Europas nicht akzeptabel. Das wirtschaftliche Gewicht der EU muss von einer einzigen politischen Stimme in der Weltpolitik begleitet werden.

Die EU-Erweiterung ist mit diesen drei wesentlichen Herausforderungen – Wirtschaft, Innenpolitik und Außenpolitik – verbunden. Die EU muss ihre wirtschaftliche Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen, effektiv auf die Bedürfnisse ihrer Bürger eingehen und ihre politische Rolle in der Welt definieren.

### ***Mein Ansatz***

Ich bin der Meinung, dass das Momentum der bevorstehenden Erweiterung der EU uns die Gelegenheit bietet, die genannten Herausforderungen entschlossen zu meistern. Diese Probleme werden nicht durch die Erweiterung der EU verursacht. Vielmehr verpflichtet uns die bevorstehende Erweiterung dazu, uns mit diesen Problemen auseinander zu setzen, und sie kann uns in einigen Fällen bei der Lösungsfindung helfen. Die Erweiterung kann der Katalysator für die Bewältigung einiger der offenen Probleme Europas darstellen. Sie kann uns die notwendige Dynamik liefern, um einen Schritt nach vorne zu machen.

Mir ist außerdem klar geworden, dass wir unseren Ansatz hinsichtlich der EU-Politik neu fokussieren und bereits heute die Situation der erweiterten EU – die zukünftige EU-25 – in Betracht ziehen müssen. Der Diskurs über „bisherige Mitglieder“ und „beitrittswillige Staaten“ ist bereits nicht mehr aktuell. Wir müssen nach vorne in die Zukunft blicken, wenn die neuen

Mitglieder unsere Partner sein werden. Aus diesem Grund verwende ich in diesem Bericht, wenn möglich, den Begriff „zukünftige Mitglieder“ an Stelle von „beitrittswillige Staaten“.

Ich denke, dass die neuen Partner weitere Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre Beitrittsvorbereitungen abzuschließen, aber ich bin auch der Meinung, dass sie uns vor dem Hintergrund ihrer jüngsten Erfahrung im Zusammenhang mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen vieles lehren können.

### ***Fünf-Punkte-Agenda***

Die Vorteile und Möglichkeiten der Erweiterung überwiegen bei weitem die damit verbundenen potenziellen Hindernisse, Kosten und Risiken. Die Erweiterung ist der erfolgreichste außenpolitische Akt, den die EU jemals vollzogen hat. Eine Aufschiebung der Erweiterung oder gar die Aufgabe der Erweiterung infolge der Nichtratifizierung durch einige der EU-Mitglieder würde einen gravierenden politischen Fehlschlag für Europa darstellen. Darüber hinaus wären damit sowohl für die EU als auch für die beitriftswilligen Staaten erhebliche Kosten verbunden.

Eine schlecht organisierte Erweiterung wäre jedoch mindestens genau so schlecht. Sollte die EU nicht mit den Reformen und Anpassungen, die die Erweiterung nun erfordert, vorankommen, wird sie – vielleicht für immer – die Chance verpassen, Europa im Interesse seiner Bürger, seiner Nachbarn und der Welt zu stärken und sicherer zu machen.

Somit ist meiner Meinung nach die Zeit für uns gekommen, eine neue Vision dafür zu entwickeln, welche Möglichkeiten Europa mit den neuen EU-Mitgliedern offen stehen und wie diese genutzt werden können. Die Strategie, die ich für die Bewältigung dieses Wandels im Sinn habe, lässt sich in fünf Punkten zusammenfassen:

1. ***Gemeinsames Handeln in Europa:*** Wir benötigen eine bessere Entscheidungsfindung und die Entschlossenheit und den politischen Willen für eine echte europäische Politik in der erweiterten EU.
2. ***Ankurbeln der europäischen Wirtschaft:*** Wir benötigen mehr Innovationen und Reformen, um Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem erweiterten Markt zu fördern.

3. **Schaffen eines sichereren Europas für seine Bürger:** Wir sollten die Erweiterung nutzen, um bei der Zusammenarbeit in juristischen und innenpolitischen Angelegenheiten einen wichtigen Schritt nach vorne zu machen und somit höhere Standards und mehr Sicherheit zu gewährleisten.
4. **Ausbauen unserer Partnerschaft mit den Nachbarn in Europa:** Mit der Ausdehnung der Grenzen der EU benötigen wir eine Nachbarschaftspolitik, die Wohlstand und Stabilität um uns herum verbreitet.
5. **Stärken der Rolle Europas in der Weltpolitik:** Mit 25 Mitgliedern müssen wir die Chance nutzen, mehr Autorität, Kohärenz und Einfluss auf internationaler Ebene zu erlangen.

Auf diese Punkte soll in der Zusammenfassung des Berichts sowie in den einzelnen Kapiteln näher eingegangen werden.

Meine Vorschläge erfordern Verständnisbemühungen von den alten ebenso wie von den neuen Mitgliedern. Für die bisherige EU lag die Betonung in der Vergangenheit auf dem „*Acquis*“, d. h. der Ermahnung und Beratung der zukünftigen Mitglieder in der Übernahme des europäischen Regelwerkes. Sobald sie vollwertige Mitglieder und gleichberechtigte Partner – mit den zugehörigen Rechten und Pflichten – werden, darf es nicht mehr „wir“ und „ihr“ heißen, sondern vielmehr „wir zusammen“ in der erweiterten EU.

Für die neuen Mitglieder wird dies mit wesentlichen psychologischen Veränderungen verbunden sein, da sie von „Entscheidungsempfängern“ zu „Entscheidungsträgern“ avancieren. Sie müssen eigene Standpunkte auf verschiedenen Gebieten der EU-Tätigkeit definieren, dürfen dabei jedoch nicht die Notwendigkeit von gemeinsamen Zielen - und manchmal Kompromissen - innerhalb der erweiterten EU aus den Augen verlieren.

Diese Erweiterung unterscheidet sich von den vorangegangenen Erweiterungen, da sie der EU ein neues Betätigungsniveau eröffnet: Ein kontinentales Betätigungsfeld, das ihr die Möglichkeit bietet, ihre Arbeit zu verbessern, ihren Bürgern bessere Ergebnisse zu liefern und ein Akteur in Angelegenheiten der Weltpolitik zu sein – vorausgesetzt, dass sie die Gelegenheit nutzt.

Zwischen heute und dem Beitritt der neuen Mitglieder im Mai 2004 bietet sich uns die einmalige Chance, den Erfolg dieser Erweiterung vorzubereiten und die zukünftigen Mitglieder in diese Vorbereitungen einzubeziehen.

Für dieses ehrgeizige Projekt benötigen wir einen schlüssigen Plan. Aus diesem Grund unterbreite ich der Europäischen Kommission und den anderen europäischen Institutionen die Empfehlungen in diesem Bericht.

*Wim Kok*

*19. März 2003*

## ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Bericht untersucht die Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union (EU) von 15 auf 25 Mitglieder und später auf mehr Mitglieder.

Es wurden bereits zahlreiche Studien zum Thema EU-Erweiterung veröffentlicht, jedoch wurde sie in den meisten dieser Studien aus nationaler oder sektoraler Sicht betrachtet. Dieser Bericht analysiert die Erweiterung aus europäischer Sicht und stützt sich dabei auf eine Vielzahl von Ideen, Meinungen und Analysen. Der Bericht erhebt keinen Anspruch darauf, die vielen verschiedenen Interessen und Ansichten der einzelnen Staaten in ihrer Vollständigkeit wiederzugeben, dies würde weit über den Umfang des Berichts hinausgehen, sondern er berücksichtigt sowohl die bisherigen Mitglieder als auch die zukünftigen Mitglieder und betrachtet die Aussichten für die erweiterte EU in ihrer Gesamtheit.

In den nachfolgenden Kapiteln des Berichts werden:

- der Erweiterungsprozess bis zur Gegenwart untersucht und Erreichtes bewertet (Kapitel 1: Aufbau des neuen Europas) und
- die vorherrschenden Fragen identifiziert, die im Zusammenhang mit der Erweiterung von der Öffentlichkeit und in politischen Kreisen gestellt werden (Kapitel 2: Die Bürger und die sich erweiternde Europäische Union).

Der Bericht geht im Anschluss daran auf diese Fragen ein, die in vier Themen eingeteilt werden:

- Wirtschaftliche Aspekte (Kapitel 3: Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Finanzen);
- Interne Sicherheit und Schutzstandards (Kapitel 4: Lebensqualität);
- Außenpolitik der erweiterten EU (Kapitel 5: Europa in der Welt);
- Europäische Rechtsstaatlichkeit und Identität (Kapitel 6: Gemeinsames Handeln in Europa).

Die Analyse dieser Themen ist nicht statischer, sondern dynamischer Natur: Der Bericht geht nicht nur auf die Folgen ein, die sich durch die Übernahme des bisherigen EU-Regelwerkes ergeben, sondern auch auf die Reformen, die die EU im Hinblick auf eine erfolgreiche Erweiterung durchführen muss.

## *Frieden und Stabilität auf kontinentaler Ebene*

Welchen Hauptvorteil bietet die EU-Erweiterung? Die Erweiterung ist die Gelegenheit, Frieden und Stabilität auf europäischer Ebene zu erreichen:

- Durch die Erweiterung der EU wird unser Kontinent, der nach dem letzten Weltkrieg geteilt wurde, schrittweise wiedervereinigt. Sie dehnt den Frieden, die Stabilität und den Wohlstand, von denen die Westeuropäer seit mehr als einer Generation profitieren, auch auf die Mittel- und Osteuropäer aus. Die historische Leistung der Europäischen Gemeinschaft, nun der Europäischen Union, bestand darin, Konflikte oder sogar Krieg durch die wirtschaftliche und politische Integration ihrer Mitglieder zu vermeiden. Die Ausdehnung dessen auf den Rest Europas ist ein Nutzen von unschätzbarem Wert.
- Im vergangenen Jahrzehnt hat die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft den Staaten in Mittel- und Osteuropa geholfen, ihre Rückkehr zu einer pluralistischen Demokratie und Marktwirtschaft zu festigen. Ihre Reform- und Übergangsbemühungen wurden von der EU unterstützt. Die daraus resultierende Stabilität und der zunehmende Wohlstand sind sowohl für diese Staaten als auch für die bisherigen Mitglieder von Vorteil.
- Mit dem Ende des Kalten Krieges war die künstliche Teilung Europas zwar beendet, jedoch brachen in Mittel- und Osteuropa potenzielle Konflikte zwischen ethnischen und nationalen Gruppen und Minderheiten auf. Die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft hat viele dieser Probleme beseitigt.

Diese Vision der Wiedervereinigung – ein „ganzes und freies“ Europa – bildet die Motivation für die Erweiterung der EU.

Der Erweiterungsprozess führt auf zahlreichen Gebieten der öffentlichen Politik zu positiven Ergebnissen, die für die europäischen Bürger von Interesse sind. Um jedoch den Erfolg dieses Prozesses sicherzustellen, muss eine klare Strategie definiert werden. Wie lässt sich der Prozess so bewältigen, dass sein voller Nutzen erreicht wird? In der Vergangenheit konzentrierte sich die Aufmerksamkeit von Presse, Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträgern auf den Beitrittsprozess – „Wie und wann werden die neuen Staaten beitreten?“. Nun muss die Aufmerksamkeit zu den Fragen „Was geschieht nach ihrem Beitritt?“ und „Welche Politik

benötigen wir für die erweiterte EU?“ verlagert werden. Zur Bewältigung des Wandels benötigen wir eine Agenda.



Im Rahmen dieses Berichts werden fünf Hauptbereiche identifiziert, in denen die EU durch geeignete Maßnahmen sicherstellen kann, dass die Erweiterung ein Erfolg sein wird:

### 1. *Gemeinsames Handeln als Europäer*

- Durch den Beitritt der neuen Mitglieder mit ihrem reichen kulturellen Erbe wird die Diversität innerhalb der EU zunehmen. Die Erweiterung bringt einen verstärkten Austausch von Ideen und ein verbessertes Verständnis für die anderen Europäer mit sich. Die EU-Institutionen werden die nationalen Sprachen weiterhin respektieren und das Erlernen von Fremdsprachen fördern.
- Mit der Erweiterung von 15 auf 25 Mitglieder muss die EU ihr Entscheidungsfindungssystem reformieren, um das Risiko zu umgehen, dass „mehr“ „weniger“ bedeutet. Die EU-Institutionen stehen bereits in der Kritik. Durch die Erweiterung entsteht die Notwendigkeit – und die Gelegenheit, unser rechtsstaatliches System auszubauen. Der Brückenschlag zwischen den heutigen Problemen und der Notwendigkeit einer verbesserten Rechtsstaatlichkeit kann den Durchbruch bewirken, den die politische Union fordert.
- Dies setzt Bemühungen seitens der Europäer voraus, sich gegenseitig besser zu verstehen, gemeinsame Interessen zu entdecken und die Furcht zu bekämpfen, dass eine größere EU einen Identitätsverlust bedeuten könnte. Wir müssen in Europa das notwendige Vertrauen entwickeln, um gemeinsam zu handeln und europäische Lösungen zu finden.

Dieser Bericht empfiehlt daher:

- Die „Konvention über die Zukunft Europas“ sollte einen klar und verständlich formulierten Verfassungstext bereitstellen. Wir benötigen ein Dokument, das den Bürgern der erweiterten EU die Möglichkeiten und Grenzen des Machbaren aufzeigt, sowie ein rechtsstaatliches System, das eine bessere Balance zwischen den Doppelanforderungen hinsichtlich Effizienz und demokratischer Rechtmäßigkeit garantiert.
- Die Reformen müssen die Ausdehnung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit, die Stärkung des „gemeinschaftlichen Verfahrens“ und die Beachtung des institutionellen Gleichgewichts beinhalten.

- Wir benötigen eine verbesserte Implementierung des EU-Regelwerkes durch die neuen Mitglieder wie auch durch die bisherigen Mitglieder.
- Wir sollten unsere Bemühungen verstärken, um das Verständnis zwischen den Bürgern – insbesondere das Verständnis für die neuen Mitglieder – zu fördern: Dies umfasst den Austausch zwischen Menschen aus verschiedenen Teilen der Gesellschaft, berufliche Erfahrungen, das Studium junger Menschen in anderen EU-Ländern und die Stärkung der europäischen Hochschulnetze.

Wenn wir ernsthaft an einer Verbesserung der Arbeit der EU interessiert sind, ist die richtige Einstellung dazu notwendig. Wir sollten uns nicht hinter nationalen Einschätzungen verschanzen: große oder kleine Länder, alte oder neue Mitglieder, reiche oder arme Regionen, wir alle sind Europäer. Wir fügen nicht nur politische Gebilde zusammen, sondern Gesellschaften und Menschen. Was wir benötigen, ist die Realisierung der damit verbundenen größeren Probleme, ein echter Wunsch nach europäischer Integration und die Entschlossenheit für den Erfolg. Wenn Europa selbst nicht vereinigt werden möchte, kann dies auch nicht durch institutionelle Anpassungen erreicht werden!

## 2. *Wirtschaftsförderung*

Der Erweiterungsprozess hat bereits wirtschaftliche Vorteile bewirkt und kann weitaus mehr bewirken. Zu den Vorteilen gehören:

### *Höherer Wohlstand der alten und neuen Mitglieder infolge des breiteren Marktes*

Die rapide Zunahme von Handel und Investitionen zwischen der EU und seinen zukünftigen Mitgliedern in den letzten Jahren hat bereits zu einem großen wirtschaftlichen Gewinn geführt. Durch ihren Beitritt und den Wegfall der Warengrenzkontrollen werden die neuen Mitglieder voll in den Markt eingebunden. Von der Liberalisierung der Dienstleistungen, des Kapitals und der Arbeit sind ebenfalls Gewinne zu erwarten. Diese Vorteile entsprechen denjenigen, die wir mit der Einführung des grenzfreien Binnenmarktes 1993 feststellen konnten.

### *Bessere wirtschaftliche Aussichten für die bisherigen Mitglieder*

Zu den Faktoren in diesem Zusammenhang gehören:

- gleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem erweiterten Markt,
- Zugriff auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte,

- höhere Nachfrage auf Grund des Wachstums in den neuen Mitgliedstaaten.

*Für die neuen Mitglieder die Chance, gegenüber dem Wohlstand Westeuropas aufzuholen*

Zu den Faktoren in diesem Zusammenhang gehören:

- weitere Investitionen zusätzlich zu dem in den letzten Jahren geflossenen Kapital, was zu weiteren Verbesserungen hinsichtlich Produktivität, Qualifikation und Technologietransfer führen wird,
- stabiler rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmen, der durch die EU-Mitgliedschaft bereitgestellt wird,
- Unterstützung aus EU-Fonds.

Die neuen Mitglieder verzeichnen höhere Wachstumsraten als die EU. Falls dies anhält, führt dies zu:

- Verkleinerung der Lücke in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht,
- höhere Einkommen und Sozialstandards,
- Verringerung des Anreizes zur Abwanderung in andere EU-Länder.

Der Beitritt der neuen Mitglieder bietet der EU die Möglichkeit, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie bereits seit langem fällig, zu reformieren. Die Erweiterung stellt keine Bedrohung, sondern vielmehr einen Impuls für Erneuerung dar.

Die EU kann von den neuen Mitgliedern und aus deren Erfahrung im Zusammenhang mit Sozial- und Wirtschaftsreformen lernen. Einige von ihnen haben die notwendigen Änderungen schneller vollzogen als bisherige EU-Mitglieder.

Die Erweiterung und die damit verbundenen Veränderungen können langfristige Vorteile bewirken, wobei jedoch die Kosten eventuell den Vorteilen vorangehen. Und es wird Gewinner und Verlierer geben. Die Herausforderung liegt in der Bewältigung des Wandels.

Dieser Bericht empfiehlt daher:

- In der europäischen und nationalen Politik sollte dem Wirtschaftswachstum und der Wirtschaftskonvergenz Priorität eingeräumt werden: Dies bedeutet eine hohe Gesamtwachstumsrate für die EU-25 mit noch höheren Wachstumsraten, sofern möglich, für die neuen Mitglieder. Wachstum und Konvergenz müssen die Schlagwörter für die erweiterte EU sein.

- Wir benötigen mehr Innovationen und Reformen, um das Wachstum, die Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem erweiterten Markt anzukurbeln. Bezogen auf die Lissabon-Strategie ist es für die EU und ihre Mitglieder höchste Zeit, Worte in Taten umzusetzen. Dabei sollte Bereichen wie beispielsweise der Schaffung von Arbeitsplätzen, Forschungsinvestitionen und der Liberalisierung des Energie-, Telekommunikations- und Verkehrssektors Vorrang eingeräumt werden, damit der gemeinsame Markt besser funktionieren kann. Die neuen Mitglieder sollten nun voll in die Lissabon-Strategie einbezogen werden.
- Die derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten benötigen eine Beschäftigungspolitik, die zu einer effizienten Sozial- und Wirtschaftspolitik und somit zum Erfolg der Erweiterung beiträgt. Die marktorientierte Arbeitskräftewanderung bedingt durch den freien Personenverkehr auf dem gemeinsamen Markt stellt einen Wachstum begünstigenden Faktor dar. Die derzeitigen Mitgliedstaaten sollten ihre Märkte für Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedstaaten öffnen, sobald ihnen dies möglich ist. Selbst nach dem Wegfall der Beschränkungen wird der Zustrom von Arbeitskräften wahrscheinlich begrenzt sein.
- Die EU benötigt ein Wirtschafts- und Sozialmodell, in dem die besten Elemente aus den bisherigen und neuen Mitgliedstaaten miteinander vereint werden. Ziel sollte die Unterstützung der Anpassung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und nicht der Schutz vorhandener Arbeitsplätze sein. Es sollten nun Maßnahmen vorbereitet werden, um die von der Erweiterung Betroffenen in einem gemeinsamen europäischen Rahmen aufzufangen.
- Für die wichtigen Entscheidungen, die bald nach der Erweiterung über den künftigen Haushaltsrahmen der EU getroffen werden müssen, sollte der Boden bereitet werden. Ziel sollte die Schaffung einer Politik sein, die für die EU-25 tatsächlich benötigt wird.

Die Europäische Union muss Solidarität und Geschlossenheit mit ihren neuen Mitgliedern demonstrieren, da deren Wachstum und Entwicklung sich für alle auszahlen wird. Gleichzeitig sind politische Reformen unerlässlich: nicht nur aus Einsparungsgründen, sondern zur Gewährleistung einer besseren Politik. Bei der Entscheidung über diese Veränderungen dürfen wir die Ziele der Lissabon-Strategie sowie den Innovations- und Wachstumsbedarf nicht außer acht lassen:

- In der gemeinsamen Agrarpolitik müssen wir unsere Abkehr von Preis- und Mengenstützung hin zu Qualität fortsetzen und benötigen eine ländliche Wirtschaftsentwicklungspolitik, die den Abgang von Arbeitsplätzen aus der Landwirtschaft in Mittel- und Osteuropa unterstützt und nicht kontrolliert. Dies bedeutet darüber hinaus, dass auch für die Entwicklungsländer Möglichkeiten durch Agrarhandel eröffnet werden.
- Bezogen auf die Strukturausgaben benötigen wir Maßnahmen, die an die Erfordernisse und Prioritäten der neuen Mitglieder sowie an die regionale Integration Mittel- und Osteuropas angepasst sind. Investitionen werden im Bereich Umwelt und Infrastruktur sowie Humanressourcen und Ausbildung notwendig sein.
- Der EU-Haushalt sollte innovativ für die Unterstützung anderer Politikbereiche, wie z. B. Forschung und Entwicklung, verwendet werden.

Auf der Einkommensseite des Haushalts benötigen wir ein gerechteres, transparenteres und stabileres System.

Die EU muss auf dem gesamten Kontinent die von den Menschen geforderten Ergebnisse liefern, indem sie reifen Volkswirtschaften bei Innovationen und weniger reifen Volkswirtschaften bei der Bewältigung ihres Wandels behilflich ist. Die Welt wartet nicht auf uns!

### ***3. Mehr Sicherheit für Europa***

Die Erweiterung bewirkt bereits auf vielen Gebieten, die für die Bürger von Bedeutung sind, eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den zukünftigen Mitgliedstaaten. Durch die Ausdehnung der EU importieren wir nicht deren Probleme, sondern erweitern unsere Möglichkeiten hinsichtlich der Bereitstellung von Lösungen.

#### *Wirkungsvolleres Vorgehen gegen internationale Kriminalität*

Die zukünftigen Mitglieder haben die Zusammenarbeit ihrer Polizei- und Justizbehörden bei der Strafverfolgung verstärkt. Der internationale Drogen- und Menschenhandel lässt sich einfacher

kontrollieren, wenn die Länder Mittel- und Osteuropas allgemeine und von anderen EU-Mitgliedern überwachte Standards übernehmen. Der Schutz ihrer Grenzen zu Nicht-EU-Ländern wird verbessert.

#### *Bessere Regulierung der Zuwanderung*

Die zukünftigen Mitglieder kooperieren, um den Strom der Zuwanderung von Immigranten und Asylbewerbern aus anderen Ländern zu regulieren.

#### *Umweltschutz*

Sofern die zukünftigen Mitglieder die EU-Richtlinien hinsichtlich Luft- und Wasserverschmutzung erfüllen, wird ihre Umwelt für die eigenen Bürger sowie für die Bürger in angrenzenden Ländern sicherer werden. Die EU-Politik hilft ihnen dabei, ihr reichhaltiges Erbe an Tierarten und natürlichen Lebensräumen zu erhalten.

#### *Höhere Standards der nuklearen Sicherheit*

Die EU erweitert ihr umfassendes Sicherheitssystem auf die Länder Mittel- und Osteuropas und bringt deren Nuklearanlagen auf ein höheres Sicherheitsniveau.

#### *Lebensmittelstandards*

Die EU-Normen für den Verbraucherschutz bleiben bestehen. Für die bisherigen Mitgliedstaaten wird es keine Lockerung infolge der Erweiterung geben, und für die neuen Mitgliedstaaten wird der Schutz verstärkt.

Jedoch sind in all diesen Bereichen größere Anstrengungen seitens der EU und der nationalen Behörden notwendig, um die Bürger zu beruhigen.

Dieser Bericht empfiehlt daher:

- einen großen Schritt vorwärts in Richtung der Schaffung eines von Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit geprägten EU-Gebiets, einschließlich einer Reform des Entscheidungsfindungssystems
- engere Zusammenarbeit und bessere Maßnahmen seitens der Mitgliedstaaten und EU-Institutionen zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität sowie zur Regulierung der Zuwanderung
- Integration von Umweltfragen in andere Politikbereiche
- effektive Überwachung der Implementierung des EU-Regelwerkes in den derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten.

#### ***4. Nachbarschaftspolitik***

Mit der Erweiterung der EU benötigen wir eine Nachbarschaftspolitik, die Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit auf die benachbarten Länder ausdehnt, um einen Ring der Stabilität und Sicherheit um uns herum aufzubauen. Neue Formen der Partnerschaft können der EU dabei helfen, Stabilität, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit auf Nicht-Mitgliedstaaten zu übertragen. Für einige von ihnen kann die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft einen enormen Anreiz für Fortschritte und Reformen darstellen.

Dieser Bericht empfiehlt daher:

- Bessere Formen der EU-Partnerschaft mit benachbarten Ländern sollten entwickelt werden, unabhängig davon, ob sie der EU beitreten oder nicht.
- Bei Ländern, die der EU eventuell in den kommenden Jahren beitreten, sollten wir auf einer zufrieden stellenden Vorbereitung der Mitgliedschaft sowie auf der Einhaltung der politischen und sonstigen Kriterien bestehen.
- Der Erweiterungsprozess mit Bulgarien, Rumänien und der Türkei sollte fortgesetzt werden. In den Ländern des westlichen Balkans kann die Aussicht auf eine zukünftige EU-Mitgliedschaft als Katalysator für Veränderungen fungieren.

## ***5. Europas Rolle in der Weltpolitik***

- Die Erweiterung der EU um 10 Länder mit 75 Millionen Bürgern - zusätzlich zu den vorhandenen 15 Ländern mit 375 Millionen Bürgern - kann den Einfluss der EU auf Weltereignisse stärken. Sie hilft Europa dabei, die Herausforderungen der Globalisierung zu meistern. Wie jedoch jüngste Ereignisse zeigen, kann die EU nur dann einen Einfluss auf Weltereignisse ausüben, wenn sie in der Lage ist, eine klare Politik zu verfolgen und mit einer einzigen Stimme zu sprechen.
- Auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist die EU bereits ein führender Akteur, nutzt jedoch ihr Gewicht nicht voll aus. Die Erweiterung wird die Gelegenheit zur Ausweitung ihres Einflusses bieten.
- In der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann die EU begrenzte Fortschritte vorweisen, hat jedoch nicht die Mittel oder den Willen entwickelt, um effektiv zu handeln. Gegenwärtig ist die EU als solche in einer außenpolitischen Schlüsselfrage – Irak – nicht existent. Die EU darf nicht weiterhin wirtschaftliche Stärke mit politischer Schwäche vereinen.
- Wir müssen mit 25 Mitgliedern die Chance nutzen, unsere Autorität, unseren Zusammenhalt und unseren Einfluss auf internationale Ebenen auszubauen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten die Lektion aus der aktuellen Erfahrung mit dem Irak schnell lernen und die Mechanismen innerhalb der EU nutzen und verbessern, um sich bei Schlüsselproblemen zu verständigen und eine gemeinsame Position zu erreichen.

Dieser Bericht kommt daher zu der Schlussfolgerung, dass mit Aussicht auf die Erweiterung:

- wir dringend über die Notwendigkeit nachdenken sollten, eine echte gemeinsame Außenpolitik mit der Intention, mit einer einzigen Stimme zu sprechen, aufzubauen,
- die „Konvention über die Zukunft Europas“ zu einer Verbesserung der Repräsentation der EU nach außen hin führen sollte.

Europa ist eine echte politische Union bzw. sollte es sein. Wenn dieser politische Wunsch von den Politikern und den Menschen Europas geteilt wird, dann wird dies Realität. Sollte dieser politische Wunsch nicht (oder nicht mehr) existent sein, dann sollten wir damit aufhören, uns Illusionen hinzugeben.



## **Nichterweiterung**

### *Eine hypothetische Frage*

Die Frage nach den Kosten der Nichterweiterung wird manchmal gestellt. Lässt sich ausrechnen, welche Konsequenzen es haben würde, wenn die EU nicht mit ihrer geplanten Erweiterung fortfährt – genauso wie „die Kosten von Nicht-Europa“ berechnet wurden, bevor die EU den Binnenmarkt geschaffen hat?

Die beiden Fälle sind völlig verschieden. Die Erweiterung der EU ist ein Prozess, der seit mehr als einem Jahrzehnt in Gang ist und bereits zu Resultaten geführt hat: Man kann die Uhr nicht zurückstellen. Darüber hinaus sind die Gründe für die Erweiterung nicht nur wirtschaftlicher Art, sondern auch politischer Art, und sie lassen sich nur schwer quantifizieren. Jedoch verdient die Frage eine Antwort. Es liegt an uns, die Ergebnisse und Aussichten des Erweiterungsprozesses zu überprüfen.

*Was wurde bisher erreicht?*

- ◆ Die Aussicht auf den Beitritt zur EU hat den Umwandlungsprozess in Mittel- und Osteuropa, der dem Zusammenbruch des Kommunismus folgte, beschleunigt.
- ◆ Die Entstehung stabiler Demokratien in Mittel- und Osteuropa hat die Sicherheit für Europa insgesamt verbessert. Konfliktursachen, wie z. B. Minderheitsfragen und Grenzprobleme, wurden eliminiert.
- ◆ Die rapide Zunahme des Handels hat neue Märkte und Investitionsmöglichkeiten für die EU-Mitglieder eröffnet: Die zukünftigen Mitglieder treiben bereits den größten Teil ihres Handels mit der EU.

Ohne die EU-Erweiterung wären viele dieser Vorteile nicht erreicht worden.

### *Wie sieht die Zukunft aus?*

Eine Aufschiebung der Erweiterung oder gar deren Aufgabe infolge der Nichtratifizierung durch die EU-Mitglieder würde einen enormen politischen Fehlschlag für Europa bedeuten. Dies würde sowohl für die EU als auch für die beitrittswilligen Staaten Kosten mit sich bringen:

- ◆ Die Nichterweiterung des Binnenmarktes und das daraus resultierende geringere Wachstum in den beitrittswilligen Staaten würden der EU wirtschaftliche Vorteile vorenthalten.
- ◆ In den beitrittswilligen Staaten würde dies den Anreiz für Reformen schwächen, Auslandsinvestitionen verhindern und das Wirtschaftswachstum bremsen.
- ◆ Politische Instabilität mit potenziellen Auswirkungen für die EU könnte entstehen. Die Risiken in der Balkanregion, in der Frieden und Stabilität nach wie vor labil sind, könnten dadurch steigen.
- ◆ Ohne die Erweiterung wäre die EU schlechter für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der illegalen Einwanderung und des Terrorismus gerüstet.
- ◆ Desillusion in den beitrittswilligen Staaten würde der Euro-Skepsis in der EU und in anderen Ländern Nahrung geben.

Somit wären die Kosten der Nichterweiterung – sowohl politisch als auch wirtschaftlich – hoch und müssten sowohl von den bisherigen Mitgliedern als auch von den ausgeschlossenen Mitgliedern getragen werden. Dies würde nicht nur den Verlust zukünftiger Vorteile bedeuten, sondern auch, dass ein Großteil der Bemühungen und Investitionen in der Vergangenheit umsonst gewesen wären. Die „anderen Europäer“ würden Nachbarn der EU bleiben, unglückliche und verärgerte Nachbarn, die kaum dazu bereit sein werden, die grenzüberschreitenden Probleme in Europa zu lösen oder Verantwortung für die Gestaltung der Rolle Europas in der Welt mitzutragen.

## **Kapitel 1**

### **AUFBAU DES NEUEN EUROPAS**

Die bevorstehende Erweiterung ist ein weiterer Schritt in Richtung der europäischen Integration: eine historische Gelegenheit, die künstliche Teilung zwischen West- und Osteuropa zu beenden und unseren Kontinent wieder zu vereinigen.

Die Erweiterung der EU um 10 neue Mitgliedstaaten, einschließlich der Staaten in Mittel- und Osteuropa, betont die der EU zu Grunde liegenden Ideale, Werte und Ziele. Die Förderung des Friedens, der Stabilität, der Demokratie und des Wohlstands in Europa durch Integration von Staaten und Menschen stellt das *Raison d'être*, d. h. die Existenzberechtigung, der EU dar. Mit der Erweiterung wird diese Vision durch die Förderung der politischen und wirtschaftlichen Integration umgesetzt. Der Beitritt durch die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten symbolisiert eine Rückkehr zu Europa und die Chance, die Demokratien dieser Länder innerhalb der EU fest zu verankern.

Die Wiedervereinigung des europäischen Kontinents ist ein Beweis für die stetige Dynamik und den Fortschritt innerhalb der EU. Im Laufe der vergangenen 30 Jahre hat die EU in vier aufeinander folgenden Beitrittswellen – die aktuelle ist die Fünfte – neue Mitglieder aufgenommen. Die Erweiterung hat die EU nicht an Fortschritten gehindert, die häufig während der Aufnahme neuer Mitglieder stattfanden. Jedoch stellt die derzeitige Erweiterung die EU vor neue Herausforderungen und bringt sowohl Möglichkeiten als auch Risiken mit sich.

### **Eckdaten des Erweiterungsprozesses**

- 1989 Fall der Berliner Mauer  
Einleitung der finanziellen Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Staaten bei ihren Reformen und dem Wiederaufbau ihrer Wirtschaft durch die Europäische Gemeinschaft
- 1990 Zypern und Malta bewerben sich um die EU-Mitgliedschaft
- 1990-1996 Abschluss der Kooperationsabkommen (Europaabkommen) mit den Staaten Mittel- und Osteuropas
- 1993 Der Europäische Rat in Kopenhagen genehmigt die EU-Erweiterung um mittel- und osteuropäische Länder und legt die Beitrittskriterien fest
- 1993 Die Europäische Kommission veröffentlicht ihre Stellungnahme über Zypern und Malta
- 1994 Der Europäische Rat in Essen genehmigt die Vor-Beitritts-Strategie
- 1994-1996 10 mittel- und osteuropäische Staaten bewerben sich um die EU-Mitgliedschaft  
1997 Die Europäische Kommission veröffentlicht ihre Meinungen über die mittel- und osteuropäischen Staaten und schlägt in der „Agenda 2000“ eine Strategie für die Erweiterung vor
- 1998 Die Beitrittsverhandlungen mit Ungarn, Polen, Estland, Slowenien, der Tschechischen Republik und Zypern beginnen  
Malta erneuert seine Bewerbung für die EU-Mitgliedschaft
- 1999 Der Europäische Rat in Berlin stimmt der „Agenda 2000“ zu und vereinbart einen Finanzplan für die EU-Erweiterung  
Die Türkei wird auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien in den EU-Erweiterungsprozess aufgenommen
- 2000 Die Verhandlungen mit der Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien und Malta beginnen.
- 2002 Der Europäische Rat in Kopenhagen schließt die Beitrittsverhandlungen mit Zypern, Malta, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Polen, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen ab.

### ***Warum die EU erweitert wird***

Die EU-Erweiterung resultiert aus der Entscheidung, die in Westeuropa erreichten Vorteile zu teilen, und zwar durch Schaffung eines stabilen Gebiets, in dem Krieg unmöglich geworden ist. Die EU steht in der Pflicht, benachbarten Ländern in ihrer wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung zu helfen und gleichzeitig Stabilität und Sicherheit zu fördern.

Diese Idealvorstellung liegt in den Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Aufruhr auf dem europäischen Kontinent in den Jahren zwischen den Kriegen, der durch den letzten Krieg verursachten Zerstörung und dem aufkommenden Optimismus der Nachkriegswelt begründet. Frieden und Stabilität bilden die Voraussetzungen für eine florierende Wirtschaft und *umgekehrt*. Die Argumentation der EU-Gründungsväter basierte auf der Logik, dass die Integration der westeuropäischen Wirtschaften Krieg verhindern und Frieden, Stabilität und Wohlstand in ganz Europa für seine Bürger schaffen würde. Diese Vision ist weiterhin von Bedeutung, wie die gewaltsame Auflösung des früheren Jugoslawiens gezeigt hat.

Durch die Erweiterung um die neuen Mitgliedstaaten wird der politische und wirtschaftliche Rahmen der EU für die nächste Generation und darüber hinaus definiert.

### ***Gründe für das Beitrittsersuchen von Staaten***

In ihrer Geschichte haben die Staaten Mittel- und Osteuropas unter der Expansionspolitik ihrer größeren Nachbarn im Osten und Westen gelitten. Ihre EU-Beitrittsanträge spiegelten die Angst wider, sich in einem sich schnell verändernden Europa frei, jedoch ohne Verankerung wiederzufinden. Zur Verbesserung ihrer Sicherheitslage wollten sie der EU und auch der NATO beitreten.

Die EU-Mitgliedschaft stellt die Erfüllung ihres Traums dar, nach der künstlichen Trennung durch den Eisernen Vorhang wieder zu Europa zu gehören. Die Mitgliedschaft symbolisiert ihren Wiedereintritt in die europäische Familie, stabilisiert ihre noch jungen Demokratien und schafft das Umfeld für die Implementierung sozial ausgeglichener Marktwirtschaften. Sie eröffnet die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile zur Untermauerung der demokratischen Entwicklung, indem sie den Zutritt zum Binnenmarkt und zusätzliche finanzielle Unterstützung bietet. Sie schafft erweiterte Möglichkeiten für Direktinvestitionen und wirtschaftliche Erneuerung, ein stabiles Geschäftsumfeld und eine progressive Sozialpolitik.

### ***Erweiterungen in der Vergangenheit***

Die EU kann auf eine Geschichte erfolgreicher Erweiterungen zurückblicken. 1973 traten Großbritannien, Dänemark und Irland bei, 1981 wurden Griechenland und 1986 Spanien und Portugal nach dem Ende ihrer jeweiligen Diktatur, die die demokratische Entwicklung dieser Länder untermauerte, willkommen geheißen, und 1995 wurden Österreich, Finnland und Schweden aufgenommen. In den vergangenen 30 Jahren ist die EU von sechs Mitgliedern mit einer Bevölkerung von 185 Millionen auf eine internationale Organisation, bestehend aus 15 Mitgliedern mit 375 Millionen Menschen, angewachsen. Und nun steht die Erweiterung auf 25 Mitglieder mit 450 Millionen Bürgern unmittelbar bevor.

Die Erweiterungen standen der Vertiefung nicht im Wege. Zum Zeitpunkt des Beitritts von Spanien und Portugal hat die EU das Binnenmarktprogramm sowie eine Politik für Umwelt, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Forschung, Technologie und soziale Angelegenheiten ins Leben gerufen. 1992 wurde in dem Maastrichter Vertrag die Wirtschafts- und Währungsunion vorbereitet, während der Beitritt Schwedens, Finnlands und Österreichs im Gange war. Dann führte die EU eine gemeinsame Währung (den Euro) ein, während gleichzeitig die Verhandlungen über die derzeitige Erweiterungsrunde liefen.

### ***Die derzeitige Erweiterungsrunde***

Die EU bereitet gegenwärtig die Aufnahme von acht mittel- und osteuropäischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn und Slowenien) sowie zwei Mittelmeerstaaten (Malta und Zypern) vor (siehe Tabelle 1 im Anhang zu Basisdaten über Bevölkerung, Fläche und Wirtschaft dieser Länder). Diese Staaten bereiten sich seit mehr als einem Jahrzehnt entsprechend den von der EU formulierten Kriterien auf ihre Mitgliedschaft vor.

## Die Beitrittskriterien

Auf ihrem Gipfel in Kopenhagen im Juni 1993 gaben die Staats- und Regierungschefs der EU das historische Versprechen ab, dass „die Staaten in Mittel- und Osteuropa Mitglieder werden könnten, falls sie es wünschten, sobald sie in der Lage seien, die Pflichten der Mitgliedschaft und bestimmte wirtschaftliche und politische Bedingungen zu erfüllen“.

Es wurden erstmalig die Bedingungen für einen Beitritt, die sog. „Kopenhagener Kriterien“, formuliert. Die Kopenhagener Kriterien legen die Standards für beitrittswillige Länder fest:

- ◆ Institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten.
- ◆ Vorhandensein einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und die Fähigkeit, den Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten.
- ◆ Die Fähigkeit, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele der Politik, Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen zu machen.

Das erste „politische“ Kriterium gilt als Vorbedingung für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen, während die anderen Kriterien bis zum Zeitpunkt des Beitritts erfüllt werden müssen.

Das dritte Kriterium impliziert, dass die neuen Mitglieder das Regelwerk der EU (das „*Acquis*“) übernehmen und effektiv implementieren und durchsetzen sollten.

Die Vorteile des Erweiterungsprozesses sind bereits sichtbar. In den zukünftigen Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas sind stabile Demokratien mit demokratischen Institutionen und verbesserter Respektierung von Minderheiten entstanden. Ihre Wirtschaftsreformen haben zu hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten (im Vergleich zu den Wachstumsraten in der EU) und verbesserten Beschäftigungsaussichten geführt. Dieser Prozess

wurde durch die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft und durch die finanzielle Unterstützung seitens der EU sowie von anderen internationalen Institutionen gefördert.

Die „Konditionalität“ der EU-Beitrittskriterien hatte starke Auswirkungen auf die Geschwindigkeit von Reformen und hat sie unumstößlich gemacht. Die daraus resultierende Stabilität und der zunehmende Wohlstand sind sowohl für die derzeitigen als auch für die zukünftigen Mitglieder von Vorteil.

Somit führt die EU den Kontinent schrittweise wieder zusammen und weitet den Frieden, die Stabilität und den Wohlstand, von denen die Westeuropäer seit mehr als einer Generation profitieren, auf die anderen Europäer aus.



## **Kapitel 2**

### **DIE BÜRGER UND DIE SICH ERWEITERNDE UNION**

Eines der Ziele dieses Berichtes ist es, auf die Fragen, Probleme und Zweifel einzugehen, die mit Herannahen der EU-Erweiterung an verschiedenen Stellen vorgebracht werden. Was wissen wir über die Bedenken und Erwartungen der Bürger in den derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten?

#### ***Die derzeitigen Mitglieder***

Eine der größten Sorgen der Bürger im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung betrifft die persönliche Sicherheit: Werden das Risiko der Kriminalität und die Zuwanderung zunehmen? Werden die Verbraucherschutzstandards, insbesondere die Lebensmittelstandards, sinken und Umweltprobleme, wie zum Beispiel die von Atomkraftwerken in den zukünftigen Mitgliedstaaten ausgehenden Gefahren, zunehmen? Diese Ängste sind teilweise auf mangelnde Kenntnis der realen Situation in diesen Ländern zurückzuführen, aber auch auf das Wissen, dass während der Phase, in der die Länder Mittel- und Osteuropas kommunistisch geführt wurden, eine breite soziale und wirtschaftliche Lücke entstanden ist, während im Westen schrittweise höhere Standards eingeführt wurden.

Die wirtschaftliche und soziale Lücke erklärt die anderen Sorgen in den derzeitigen Mitgliedstaaten, nämlich dass die geringeren Löhne und Sozialaufwendungen in den neuen Mitgliedstaaten zu einer Verlagerung der Investitionen und Arbeitsplätze führen werden, was bereits in einer Reihe von Fällen eingetreten ist, und dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb des erweiterten Marktes in einem Zustrom von Wanderarbeitnehmern resultieren wird. Diese Bedenken im Zusammenhang mit der Erweiterung sind selbstverständlich Teil einer allgemeinen Angst in verwundbaren Gesellschaftsteilen, die aus dem weltweiten Prozess der mit der Globalisierung einhergehenden Anpassung resultiert.

Die gestellten Fragen unterscheiden sich je nach den betroffenen Ländern. In Mitgliedstaaten wie beispielsweise Deutschland und Österreich, die Nachbarn der zukünftigen Mitglieder sind, sorgt man sich um die direkten wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Abschaffung

der Grenzen, während die Wahrnehmungen in geographisch entfernten Mitgliedstaaten vager sind.

Schließlich bestehen an vielen Stellen Zweifel hinsichtlich der Fähigkeit der EU-Institutionen in ihrer gegenwärtigen Form, mit der zunehmenden Komplexität der Entscheidungsfindung fertig zu werden. Wenn die Zahl der Mitglieder von 15 auf 25 zunimmt, wird „mehr“ in Wirklichkeit „weniger“ bedeuten?

Öffentliche Meinungsumfragen zeigen, dass die Menschen in den 15 Mitgliedstaaten der Erweiterung im Allgemeinen positiv gegenüberstehen. In der letzten Eurobarometer-Umfrage (veröffentlicht im November 2002 – siehe Tabelle 2 im Anhang) sprachen sich 66 % der Befragten in den EU-15 für die Erweiterung der EU aus, während 22 % dagegen waren. Der Rest gab entweder keine Antwort (9 %) oder machten es von den betreffenden Ländern abhängig (3 %).

Die Mehrheit der Befragten (82 %) hatten bereits von dem Erweiterungsprozess gehört, obwohl sie nicht besonders viel über die beteiligten Länder wussten (40 % konnten nicht einmal ein Land nennen). Die der Öffentlichkeit in den EU-15 am besten bekannten Beitrittsländer waren Türkei (von 31 % der Befragten genannt), Polen (30 %), Tschechische Republik (16 %) und Ungarn (12 %). Diejenigen, die bereits von dem Prozess gehört hatten, neigten eher zu einer Befürwortung als diejenigen, die davon keine Ahnung hatten.

Die höchste Unterstützung konnte in Italien und Irland (ungefähr 80 %), gefolgt von Spanien und Belgien (70-75 %), verzeichnet werden. Die geringste Unterstützung zeigte sich in Großbritannien, Schweden und Finnland (50-55 %). In Deutschland und Frankreich entsprach die Unterstützung dem EU-Durchschnitt (66 %).

Weitere Fragen in der Eurobarometer-Umfrage liefern einen interessanten Hinweis auf die Meinung der Bürger hinsichtlich der Auswirkungen der Erweiterung. Die Mehrheit der Befragten (mehr als zwei Drittel) vertraten die Ansicht, dass die Erweiterung:

- den Unternehmen in ihren jeweiligen Ländern die Erschließung neuer Märkte ermöglichen würde
- der EU eine stärkere Stimme auf internationaler Ebene verleihen würde
- die Kriegs- und Konfliktgefahr in Europa senken würde

- die Lösung von Umweltproblemen in ganz Europa vereinfachen würde.

Auf der negativen Seite vertrat eine Mehrheit die Ansicht, dass:

- sich die Entscheidungsfindung in einer erweiterten EU schwieriger gestalten würde
- die Erweiterung für ihr jeweiliges Land sehr teuer werden würde
- viele Bürger aus den neuen Mitgliedstaaten sich in ihrem Land niederlassen würden
- die Öffnung der Grenzen die Bekämpfung der Kriminalität und des Drogenschmuggels erschweren würde.

Und eine beträchtliche Minderheit brachte vor, dass die Erweiterung:

- die Arbeitslosigkeit in ihrem Land erhöhen würde
- den Standard der sozialen Fürsorge verringern würde.

Jedoch stießen die allgemeinen politischen Argumente für die Erweiterung auf Zustimmung, wobei eine Mehrheit der Befragten darin zustimmte, dass:

- wir eine moralische Pflicht zur Wiedervereinigung Europas nach der Aufteilung durch den Kalten Krieg haben
- für die neuen Mitglieder ein EU-Beitritt historisch und geographisch selbstverständlich und gerechtfertigt ist.

### ***Die zukünftigen Mitglieder***

In den zukünftigen Mitgliedstaaten sind die wesentlichen Fragen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Mitgliedschaft anderer Art, da die EU weiterhin etwas „Fremdes“ ist, womit die meisten Bürger keine direkte Erfahrung haben. Jedoch sind einige der Fragen, die in Bezug auf die Auswirkungen des Beitritts zu einer supranationalen Organisation gestellt werden, auch in der bisherigen EU zu finden: Verlust der nationalen Souveränität, der nationalen oder lokalen Identität, Schwierigkeit der Beeinflussung und des Verstehens von Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden.

Im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sind die Hoffnungen und Ängste in Bezug auf die EU von der Erfahrung im Zusammenhang mit einem wirtschaftlichen Übergang beeinflusst – einer oftmals schwierigen Erfahrung, bei der Reformen und Anpassungen zu größerer Ungleichheit, aber auch zu wirtschaftlichem Wachstum geführt haben. Durch die Konkurrenz aus dem Westen und Auslandsinvestitionen sind lokale Unternehmen bereits unter Druck geraten.

Die Diskussionen über die EU in den zukünftigen Mitgliedstaaten werden von dem Fortschritt der Beitrittsverhandlungen beeinflusst, deren Ergebnisse einer eingehenden Überprüfung unterzogen wurden. Obwohl es in politischen Kreisen allgemein anerkannt wird, dass die Beitrittsbedingungen die besten sind, die erzielt werden konnten, stand die EU als Verhandlungspartner manchmal in einem ungünstigen Licht, beispielsweise in den Agrar- und Haushaltskapiteln der Verhandlungen und in ihrer restriktiven Einstellung zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Somit besteht in diesen Ländern die Sorge, dass sie selbst nach dem Beitritt nicht als gleichwertige Partner behandelt werden könnten, sondern eine Art „Zweiter Klasse“-Status haben könnten.

In der Eurobarometer-Umfrage zeigte sich in den 10 zukünftigen Mitgliedstaaten eine übereinstimmend hohe Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft. Laut den neuesten verfügbaren Ergebnissen (basierend auf Befragungen im September und Oktober 2002 – siehe Tabelle 3 im Anhang) :

- gaben 52 % der Befragten an, dass die Mitgliedschaft „eine gute Sache“ sei
- würden 61 % in einem Referendum „Ja“ ankreuzen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Anzeichen in den Referenden, die im Verlauf von 2003 in diesen Ländern stattfinden werden, bestätigen werden. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Berichtes hatte bereits das erste Referendum in Malta stattgefunden – mit einem Ergebnis zu Gunsten der EU-Mitgliedschaft.

### ***Häufig gestellte Fragen***

Obwohl die Einstellungen zur EU-Erweiterung sowohl in den derzeitigen EU-Mitgliedstaaten als auch in den zukünftigen Mitgliedstaaten im Allgemeinen positiv sind, werden von der Öffentlichkeit und in politischen Kreisen viele – oftmals skeptische – Fragen vorgebracht.

#### **Häufig gestellte Fragen**

- Wie wirkt sich die Erweiterung auf Beschäftigung und Löhne aus? Werden infolge des zunehmenden Wettbewerbs in der erweiterten EU Arbeitsplätze verloren gehen? Wird es „Sozialdumping“ geben?
- Werden die neuen Mitglieder das EU-Regelwerk, einschließlich der Bestimmungen hinsichtlich des Binnenmarktes, korrekt anwenden?
- Werden die neuen Mitglieder die europäische Währung bei ihrem Beitritt übernehmen?
- Wird die Erweiterung zu mehr Unsicherheit, einem höheren Kriminalitätsrisiko, mehr Immigranten führen?
- Werden die Schutzstandards für Verbraucher und Öffentlichkeit durch den Beitritt der neuen Mitglieder sinken? Beispielsweise Lebensmittelstandards, nukleare Sicherheit, Umweltschutz?
- Wird der Beitritt zur EU einen Identitätsverlust für mich oder mein Land bedeuten?
- Wird mein Land seine Souveränität mit dem Beitritt zur EU verlieren? Wird es ein „Zweiter Klasse“-Mitglied sein?
- Wird es mit 25 Mitgliedern möglich sein, Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen?
- Wie kann Europa angesichts so vieler Mitglieder in der Weltpolitik effektiv mit einer einzigen Stimme sprechen?
- Werden auf die nächste Erweiterungsrunde weitere folgen, die zusätzliche Länder einbringen?

Diese Fragen werden in den nachfolgenden Kapiteln dieses Berichtes in vier allgemeine Themen eingeordnet. Dabei sollen die Folgen der Erweiterung für die folgenden Bereiche untersucht werden:

- europäische Wirtschaft (Beschäftigung, Wachstum, Finanzen usw.),
- Lebensqualität der europäischen Bürger (Sicherheit, Schutzstandards usw.),
- Beziehungen der EU mit ihren Nachbarn und ihre Rolle in der Welt,
- gemeinsames Handeln der Europäer, um EU-Politik zu machen.

## **Kapitel 3**

### **WIRTSCHAFT, ARBEITSMARKT UND FINANZEN**

Dieses Kapitel befasst sich damit, was bereits im Hinblick auf die wirtschaftliche Integration der Wirtschaften der zukünftigen Mitglieder in die EU erreicht wurde und welche Schritte noch unternommen werden müssen, um den Erfolg der Erweiterung sicherzustellen. Dabei wird auf die in weiten Kreisen gestellte Frage eingegangen, wie sich die Erweiterung der EU auf das wirtschaftliche Wachstum, die Beschäftigung und die EU-Finanzen auswirken wird.

Sowohl in den derzeitigen als auch in den zukünftigen Mitgliedstaaten müssen die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Risiken der Erweiterung bewältigt werden, wobei der Erfolg der Erweiterung davon abhängen wird, wie gut diese bewältigt werden. Inwieweit Länder, Firmen und Menschen gewinnen oder verlieren werden, wird von ihren eigenen Entscheidungen und nicht von der simplen Tatsache der EU-Erweiterung abhängig sein. Trotz der Bedeutung der EU-Politik lag der wirtschaftliche Erfolg der Mitgliedstaaten größtenteils in den eigenen Händen, was auch in Zukunft gelten wird.

Wirtschaftlich betrachtet, bedeutet die bevorstehende Erweiterung der EU die Integration einer Gruppe von Ländern, die eine große wohlhabende Wirtschaft mit 375 Millionen Menschen bilden, mit einer Gruppe von wesentlich ärmeren Ländern mit 75 Millionen Menschen. In der Bewertung der wahrscheinlichen wirtschaftlichen Konsequenzen können wir uns sowohl von der Theorie als auch von unserer Erfahrung in der Vergangenheit leiten lassen.

Relativ gesehen, ist die Zunahme der Bevölkerung (20 %) und der Fläche (23 %), die aus der für 2004 geplanten Erweiterung resultiert, nicht größer als bei vorherigen Erweiterungen. Die Erweiterung im Jahr 1973 um Großbritannien, Dänemark und Irland war bevölkerungsmäßig proportional größer. Die Erweiterung um Österreich, Schweden und Finnland im Jahr 1995 war flächenmäßig proportional größer.

Diese Erweiterung unterscheidet sich jedoch hinsichtlich der wirtschaftlichen Unterschiede stark von vorherigen Erweiterungen: Die zukünftigen Mitglieder weisen ein durchschnittliches Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von ca. 40 % der bisherigen Mitglieder (bei Kaufkraftparität) auf. Das am ehesten mit der derzeitigen Erweiterung zu vergleichende Ereignis war der Beitritt Spaniens und Portugals 1986, wodurch die EU-Bevölkerung um 16 % zugenommen hat: Sie

besaßen ein durchschnittliches *Pro-Kopf*-Bruttoinlandsprodukt von ca. 70 % der bisherigen EU-Mitglieder (bei Kaufkraftparität).

Ein weiterer Unterschied zwischen dieser Erweiterung und vorangegangenen Erweiterungen liegt darin, dass die meisten der neuen Mitglieder gerade den Übergang von einer Planwirtschaft zu einem marktorientierten System vollziehen und – unabhängig von ihren EU-Beitrittsbemühungen – schwierige Wirtschaftsreformen durchlaufen haben.

Einige Kommentatoren haben die bevorstehende Erweiterung mit der Gründung der „North American Free Trade Area“ (NAFTA) zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Mexiko in den 90er Jahren verglichen, da das mexikanische Einkommen weit unter dem Einkommen der USA und Kanadas lag und liegt.<sup>1</sup> Jedoch ist die NAFTA nur eine Freihandelszone, während die EU-Mitgliedschaft eine Zollunion mit umfassenden gemeinsamen Vorschriften, einer einzigen Währung, Freizügigkeit und politischer und rechtlicher Integration beinhaltet.

In den derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten weichen die Wirtschaftsbedingungen erheblich voneinander ab: Eine Untersuchung der einzelnen Länder würde über den Umfang dieses Kapitels hinausgehen, jedoch werden die Auswirkungen in speziellen Fällen, sofern relevant, erwähnt. Notwendigerweise wird der Schwerpunkt auf die Auswirkungen des Beitritts der mittel- und osteuropäischen Länder gelegt. Zypern und Malta sind mit einem Bruttoinlandsprodukt von 10 bzw. 4 Milliarden Euro wesentlich kleiner und haben keinen Übergang von einer Planwirtschaft durchlaufen. Auf Grund ihrer geringen Größe haben sie nur unwesentlichen Einfluss auf die wirtschaftliche Gesamtanalyse. Bezogen auf die derzeitigen Mitgliedstaaten wird sich die Erweiterung auf die an die neuen Mitgliedstaaten angrenzenden Länder, insbesondere Deutschland und Österreich, wirtschaftlich stärker auswirken.

### ***Die wirtschaftlichen Auswirkungen***

Durch die Erweiterung zur EU-25 kommen 75 Millionen Verbraucher zum EU-Binnenmarkt hinzu. Dies sollte zu einem zunehmenden Waren- und Dienstleistungshandel, Größenvorteilen, einem verstärktem Wettbewerb und intensivierten Investitionsflüssen führen und somit das Wirtschaftswachstum - sowohl in den derzeitigen als auch in den neuen Mitgliedstaaten - fördern. In dieser Hinsicht ähnelt die Erweiterung dem Prozess zur Schaffung des Binnenmarktes, den die EU in den 90er Jahren durchlaufen hat. Darüber hinaus können die

---

<sup>1</sup> T. Boeri et al. 2002.



neuen Mitgliedstaaten in Anbetracht der „Aufhol“-Möglichkeiten im Zusammenhang mit einem geringeren *Pro-Kopf*-Einkommen relativ hohe Wachstumsraten erwarten.

Die Analyse der zukünftigen Wachstumsaussichten hängt weitgehend von Handel, Investitionen und Migration ab. Auf diese drei Faktoren soll in den nachfolgenden Abschnitten eingegangen werden.

### *Handel*

Im Rahmen des Vor-Beitritts-Prozesses hat bereits eine umfassende wirtschaftliche Integration zwischen den derzeitigen und neuen Mitgliedstaaten stattgefunden (siehe Tabelle 4 im Anhang zum rapiden Anstieg des Handels in den letzten Jahren).

Da der Warenhandel mit der EU in den 90er Jahren weitestgehend liberalisiert wurde, bedeutet die EU-Mitgliedschaft den Eintritt von einer bisherigen Freihandelszone in eine Zollunion. Dies wird daher nur geringfügige unmittelbare Auswirkungen auf den Warenhandel mit den neuen Mitgliedern haben, und weitere Gewinne infolge verstärkter Investitionen und weiterer Spezialisierung der Produktion werden erst mittel- und langfristig zu verzeichnen sein.

Dennoch verbleiben Bereiche, in denen der Handel noch nicht vollständig liberalisiert wurde, wie z. B. im Automobilssektor, und es besteht ein begrenzter Dienstleistungshandel, worin auch Finanzdienstleistungen eingeschlossen sind. Der Agrarhandel ist ebenfalls nicht vollständig liberalisiert, obwohl der Handel von Agrarprodukten in der Vor-Beitritts-Phase erheblich zugenommen hat. Nach Ansicht von Kommentatoren wird das Handelsvolumen der neuen Mitglieder, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, *untereinander* durch die Erweiterung möglicherweise ansteigen.

Die Auswirkungen der Erweiterung auf die derzeitige EU werden – angesichts ihrer größeren Wirtschaft – tendenziell begrenzt eingeschätzt. Eine Schätzung sieht vor, dass die derzeitigen EU-Mitglieder langfristig einen Gesamtgewinn von ca. 10 Milliarden Euro verzeichnen werden, wodurch ihr Bruttoinlandsprodukt einmalig um 0,2 % ansteigen wird, was zur Schaffung von schätzungsweise 300.000 Arbeitsplätzen führen könnte (unter Annahme eines konstanten Arbeitskoeffizienten).<sup>2</sup> Dieser wirtschaftliche Gewinn würde sich zu ungleichen Teilen auf die bisherigen Mitgliedstaaten verteilen, wobei rund ein Drittel auf Deutschland entfallen würde.

---

<sup>2</sup> Grabbe, H. 2001

Bezogen auf die neuen Mitgliedstaaten sind sich die Wirtschaftswissenschaftler einig, dass die Gewinne wahrscheinlich proportional wesentlich größer sein werden, was die Tatsache widerspiegelt, dass 70 % ihrer Exporte in die derzeitige EU gehen (nur 4 % der EU-Exporte gegen gegenwärtig in die neuen Mitgliedstaaten) und dass ihre Wirtschaften wesentlich kleiner sind. In einem neueren Referat wird die Wirtschaftsliteratur folgendermaßen zusammengefasst: „Handelsinduzierte Simulationen ergeben im Allgemeinen, dass die beitrittswilligen Staaten als Gruppe kurzfristig bis mittelfristig einen Gewinn im Bereich von 1,5 % bis 8 % oder sogar 10 % des Bruttoinlandsproduktes verzeichnen werden“.<sup>3</sup>

### *Investitionen*

Angesichts der Tatsache, dass bereits ein beträchtlicher freier Handel besteht und dass die Arbeitsmobilität für einige Jahre nach der Erweiterung eventuell begrenzt sein wird, werden Investitionen den Schlüssel für zukünftiges wirtschaftliches Wachstum in den neuen Mitgliedstaaten bilden.

Durch die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft wurden ausländische Direktinvestitionen in den neuen Mitgliedstaaten bereits gefördert. Es lässt sich nur schwer einschätzen, in welchem Maße dies in Zukunft ansteigen wird. Nach vergangenen Beitritten war ein beträchtlicher Anstieg der Zuflüsse durch ausländische Direktinvestitionen zu verzeichnen, was insbesondere für Portugal und Spanien gilt. Jedoch ist dies nicht in allen Fällen eingetreten. Darüber hinaus ist der Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen von einer soliden Anpassungspolitik und Rechtsstaatlichkeit auf nationaler Ebene abhängig. Nach Ansicht einiger Kommentatoren ist nach dem Beitritt – angesichts der Tatsache, dass das Niveau der ausländischen Direktinvestitionen bereits hoch ist, dass spezielle fiskalische Anreize wegfallen und dass der Prozess der Privatisierung abgeschlossen ist – ein weiterer Anstieg unwahrscheinlich. Andererseits wird argumentiert, dass die EU-Mitgliedschaft zu signifikanten zusätzlichen Zuflüssen führen wird, vorausgesetzt, dass das lokale Klima fördernd wirkt. Die verbesserte Rechtssicherheit in Verbindung mit der EU-Mitgliedschaft und das Ende der „Sicherungsklauseln“ in ihren derzeitigen Verträgen mit der EU, was ihre Exporte begrenzt haben könnte, wären günstige Faktoren. Von Kommentatoren in Geschäftskreisen wird die Ansicht vertreten, dass viele Unternehmen neue Investitionsprojekte in Hinblick auf den Abschluss der EU-Erweiterung planen, was darauf hindeutet, dass eine Investitionswelle wahrscheinlich ist. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die NAFTA zu einem

---

<sup>3</sup> Pelkmans, J. 2002

erheblichen Anstieg der Investitionen in die Produktion in Mexiko geführt hat. Im Falle der EU-Mitgliedschaft sollten die Auswirkungen der „Festschreibung“ des Marktzugangs, gemeinsamer Richtlinien und wirtschaftlicher Lenkung sogar noch gravierender sein.

Aus diesem Grund besteht die Möglichkeit, dass die dynamischen Auswirkungen, d. h. die positiven Auswirkungen von Investitionen auf das Wachstum und umgekehrt, ein zusätzliches rapides Wirtschaftswachstum in den neuen Mitgliedstaaten nach dem Beitritt auslösen kann. Die Erfahrung aus vorangegangenen Erweiterungen zeigt, dass diese Dynamik jedoch kein Automatismus ist, sondern von der Übernahme einer soliden Pro-Wachstumspolitik durch die neuen Mitgliedstaaten und die EU in ihrer Gesamtheit abhängen wird.

Selbst in den positivsten Szenarien wird das wirtschaftliche Zusammenwachsen der neuen Mitgliedstaaten mit den derzeitigen Mitgliedern in einem langfristigen Prozess, der Jahrzehnte dauern kann, erfolgen. Die Kosten und Nutzen werden nicht unbedingt im gleichen Zeitraum auftreten: Die mit verstärktem Wettbewerb und der Anpassung verbundenen Kosten treten möglicherweise früher - in den ersten Jahren der Mitgliedschaft - auf. Jedoch können die langfristigen Vorteile sehr weit reichend sein, sofern eine geeignete Politik befolgt wird. Die Wachstumsraten, die die zukünftigen Mitgliedstaaten in jüngster Zeit verzeichnet haben (siehe Tabelle 5 im Anhang), liegen über den Wachstumsraten der bisherigen EU-Mitglieder.

#### *Migration und der Arbeitsmarkt*

Da die Migration von Arbeitnehmern in den Aufnahmeländern zu wirtschaftlichen Gewinnen führt, kann dies einer der wichtigsten Vorteile in Verbindung mit der EU-Erweiterung sein.

Die meisten Bürger der zukünftigen Mitgliedstaaten können bereits freizügig (ohne Visa) innerhalb der EU reisen. Mehr als 850.000 sind bereits in der EU ansässig, was 0,2 % der Bevölkerung dieser Länder entspricht. Die Migration (häufig von Saisonarbeitnehmern) konzentriert sich auf die Nachbarländer und -regionen, wobei sich zwei Drittel dieser Wanderarbeitnehmer in Deutschland und rund 14 % in Österreich niedergelassen haben.

Innerhalb der EU bestehen seitens der Öffentlichkeit Bedenken, dass nach der Erweiterung auf Grund des großen Einkommensunterschiedes eine massenweise Migration von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten stattfinden könnte. Jedoch ist es unwahrscheinlich, dass sich diese Befürchtungen tatsächlich bestätigen.

Die Erfahrung aus vorangegangenen Beitritten von Niedrigeinkommensländern ist lehrreich. Die Nettozuwanderung aus Spanien und Portugal nach ihrem Beitritt zur EU war während der zweiten Hälfte der 80er Jahre nahezu null. Während dieses Zeitraums war die Migration für eine Übergangsperiode von sieben Jahren eingeschränkt. Jedoch selbst nach Wegfall der Beschränkungen, die mit der Rezession der frühen 90er Jahre zusammenfiel, war kaum ein Anstieg der Zuwanderung aus diesen beiden Ländern zu verzeichnen.

Eine ähnliche Übergangsvereinbarung wurde für die nächste Erweiterung getroffen: Die derzeitigen Mitgliedstaaten haben das Recht, den Zustrom von Arbeitnehmern aus Mittel- und Osteuropa während eines Zeitraums von bis zu sieben Jahren zu beschränken. Drei der derzeitigen Mitgliedstaaten haben ihre Absicht bekundet, den Zutritt von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten nach der Erweiterung nicht zu beschränken. Da die Aufnahmeländer wirtschaftliche Vorteile aus der Zuwanderung ziehen, weil hierdurch der Mangel an gelernten und ungelernten Arbeitskräften ausgeglichen werden kann, werden sie von dieser Entscheidung profitieren. Die anderen Mitgliedstaaten sollten ebenfalls in Erwägung ziehen, die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus Mittel- und Osteuropa zu genehmigen, sobald ihnen dies möglich ist und ohne das Ende der Übergangsphase abzuwarten.

## **Freizügigkeit der Menschen**

Eines der von der Europäischen Union verliehenen Rechte ist die Freizügigkeit der Menschen: Europäische Bürger haben das Recht, in jedem beliebigen Mitgliedstaat der Union zu leben und zu arbeiten.

Wie soll dies auf die neuen Mitglieder übertragen werden? Diese Frage hat mehrere Facetten: die Möglichkeit, frei zwischen den Mitgliedstaaten zu reisen, das Recht, sich in jedem Mitgliedstaat niederzulassen oder zu arbeiten, und Zugehörigkeit zum Schengen-Gebiet.

Nach dem Beitritt haben die Bürger der neuen Mitgliedstaaten das Recht, in jeden der derzeitigen Mitgliedstaaten zu reisen und sich dort niederzulassen. Für einen Zeitraum von maximal sieben Jahren können die derzeitigen Mitgliedstaaten das Recht der Bürger aus den Ländern Mittel- und Osteuropas auf Annahme einer Beschäftigung im Lohn- oder Gehaltsverhältnis einschränken.

Ein von dem Recht auf Arbeit getrenntes Problem ist die Freizügigkeit der Menschen innerhalb des Schengen-Gebiets. Die so genannten Schengen-Länder haben sich auf die Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen ihren Ländern geeinigt, was durch den Austausch von Informationen und die Verstärkung der externen Grenzen ausgeglichen wird. Die Bürger eines Mitgliedstaates haben das Recht, sich in einem anderen EU-Staat niederzulassen und dort zu arbeiten, ohne dass dieser Staat Mitglied des Schengen-Gebiets ist. Dies gilt aktuell für Großbritannien und Irland. Die neuen Mitgliedstaaten werden nicht sofort Vollmitglieder von Schengen, sondern müssen erst die Grenzsicherheitsstandards in ausreichendem Maße erfüllen.

Nach Expertenberechnungen wird die mögliche Migration tendenziell gering ausfallen. Einer Schätzung des EU-Integrationskonsortiums zufolge wird die Anzahl der Menschen, die nach Einführung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer – ohne Berücksichtigung der Übergangsphase von sieben Jahren – in die derzeitige EU umziehen würden, 335.000 (0,1 % der derzeitigen EU-

Bevölkerung) betragen, wobei diese Zahl im Verlauf der kommenden 30 Jahre langsam steigen und schließlich einen Höchstwert von 1,1 % der Bevölkerung erreichen wird.<sup>4</sup>

Die EU-Länder und -Regionen, die den neuen Mitgliedstaaten am nächsten sind, werden wahrscheinlich stärker betroffen sein als andere. Ein jüngster Bericht des Center for Economic Policy Research kommt zu dem Schluss, dass die kumulative Nettomigration bzw. langfristige Migration aus den neuen Mitgliedstaaten (15-20 Jahre nach Einführung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer) 2-3 % der Bevölkerung in Deutschland betragen wird<sup>5</sup>. In Grenzgebieten wird ebenfalls eine beträchtliche kurzfristige Migration von Arbeitnehmern (selbst Pendlern) festzustellen sein.

Diese Schätzungen müssen zur alternden Gesellschaft Europas in Bezug gesetzt werden, in der kein Generationsaustausch stattfindet. Die Fertilitätsrate ist gering, die Lebenserwartung ist gestiegen, und die Abhängigkeitsverhältnisse (Verhältnis älterer Menschen zur arbeitenden Bevölkerung) werden in den kommenden Jahren zunehmen. In den derzeitigen EU-Mitgliedstaaten kann daher durch einen Anstieg der Zuwanderung die Zunahme der Abhängigkeit auf Grund der Überalterung der Bevölkerung ausgeglichen werden – jedoch nur teilweise.

Schließlich ist anzumerken, dass der Optimismus unter den Arbeitnehmern hinsichtlich ihrer Zukunftsaussichten sie dazu verleiten wird, zu Hause zu bleiben, sofern Vollbeschäftigung und wirtschaftliches Wachstum durch die Wirtschaftspolitik in den neuen Mitgliedstaaten gefördert werden. Insgesamt wird die gesamte Migration aus den neuen Mitgliedstaaten daher wahrscheinlich begrenzt sein. Welche anderen Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte der derzeitigen Mitgliedstaaten sind möglich? Dies hängt teilweise von der Mischung der wandernden Arbeitnehmer sowie von den davon betroffenen Segmenten des Arbeitsmarktes ab.

Gelernte Wanderarbeitnehmer aus den zukünftigen Mitgliedstaaten gleichen bereits den Mangel an Arbeitnehmern in wichtigen Dienstleistungs- und Beschäftigungsbereichen des Arbeitsmarktes aus. Das formale Ausbildungsniveau dieser Arbeitnehmer ist relativ hoch, jedoch werden sie bei der Migration häufig in ihrer Qualifikation herabgestuft, so dass sie tendenziell in den gleichen Branchen wie andere ausländische Arbeitnehmer arbeiten, wie z. B. Bau, Reinigungsdienste und Produktion. In der erweiterten EU könnte sich ein Anstieg des Zustroms an Arbeitnehmern mit geringer Ausbildung – einschließlich informeller Arbeitskräfte

---

<sup>4</sup> Boeri, T. und H. Brücker, 2000.

<sup>5</sup> Boeri, T. et al. 2002.

– auf die Löhne und Beschäftigung von Arbeitnehmern mit geringer Ausbildung in den bisherigen Mitgliedstaaten, insbesondere in Regionen in der Nähe der neuen Mitgliedstaaten, auswirken.

Infolge von Industriestandortverlagerungen können sich auch Auswirkungen auf den Bedarf an Arbeitnehmern mit geringer Ausbildung ergeben. In der NAFTA haben amerikanische Firmen den wirtschaftlichen Unterschied genutzt, um arbeitsintensive Produktion nach Mexiko zu verlagern, wobei Arbeitnehmer mit geringem Ausbildungsniveau eingespart wurden. Wenn die wirtschaftliche Integration der neuen Mitgliedstaaten ähnliche Auswirkungen hat, werden einige arbeitsintensive Industrieaktivitäten eventuell in Länder und Regionen, die an die neuen Mitgliedstaaten grenzen, verlagert – mit nachfolgenden Auswirkungen auf den Arbeitskräftebedarf.

Obwohl durch diese Faktoren Arbeitnehmer mit geringer Ausbildung – ein verwundbarer Bereich der Gesellschaft – in den derzeitigen Mitgliedstaaten unter Druck geraten, sollten die Auswirkungen nicht zu gravierend sein. Einige zukünftige Mitgliedstaaten entwickeln sich zu Hightech-Standorten, und einige Wanderarbeitnehmer werden hoch qualifiziert sein. Die derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass sie mit ihrer Arbeitsmarktpolitik Arbeitnehmern mit geringer Ausbildung bei der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten helfen und dass ihre Beschäftigungspolitik zu einer effizienten Sozial- und Wirtschaftspolitik und somit zum Erfolg der Erweiterung beiträgt.

Darüber hinaus bestehen Bedenken wegen des „Sozialdumping“ - dass die neuen Mitgliedstaaten mit niedrigeren Lohn- und Gehaltsniveaus und geringeren Sozialstandards einen unlauteren Druck auf den Lebensstandard der derzeitigen Mitgliedstaaten ausüben. Diese Bedenken spiegeln die Tatsache wider, dass die derzeitigen Mitgliedstaaten eine Politik einschlagen müssen, die wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung in einer von zunehmendem Konkurrenzdenken geprägten Welt (nicht nur oder sogar hauptsächlich wegen der Erweiterung der EU) fördert. Jedoch werden die größeren Befürchtungen übertrieben dargestellt. Teil des Beitritts zur EU ist die Einleitung eines Prozesses des sozialen Dialogs sowie von Maßnahmen zur sozialen Regulierung. Andererseits kann jedoch eine höhere Arbeitsproduktivität die Arbeitgeber für höhere Lohn- und Gehaltsniveaus entschädigen. Mit steigenden Einkommensniveaus in den neuen Mitgliedstaaten werden sich diese Unterschiede verringern (und die neuen Mitglieder werden größere Märkte für die Produkte der derzeitigen EU darstellen). Es lässt sich nur schwer vorhersagen, wie schnell die Löhne und Gehälter in den

neuen Mitgliedstaaten ansteigen werden, aber es ist eindeutig, dass die Politik sowohl in der EU als auch auf nationaler Ebene das Wachstum in den neuen Mitgliedstaaten fördern sollte.

### *Wirtschafts- und Währungsunion*

Die neuen Mitgliedstaaten sind zur Übernahme des Euro verpflichtet, jedoch wurde kein diesbezüglicher Zeitplan festgelegt.

#### **Die neuen Mitgliedstaaten und der Euro**

Gemäß den EU-Mitgliedschaftskriterien müssen die zukünftigen Mitglieder die Fähigkeit nachweisen, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele der Politik, Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen zu machen. Es wird von ihnen erwartet, dass sie den Euro einführen, sobald sie dazu bereit sind, d. h. nicht unmittelbar nach ihrem Beitritt.



Ein neuer Mitgliedstaat hat detaillierte Bedingungen zu erfüllen, die mehrere Phasen umfassen:

- die derzeitige Vor-Beitritts-Phase, in der das Land unwiderrufliche Fortschritte in Richtung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit sowie einer nachhaltigen makroökonomischen Stabilität nachweisen muss;
- eine Zwischenphase im Anschluss an den Beitritt, in der das neue Mitglied voll am Binnenmarkt teilnimmt und Fortschritte in Richtung der Erfüllung der notwendigen Bedingungen für die Übernahme des Euro nachweist;
- eine Phase der erfolgreichen Teilnahme am Wechselkursmechanismus von mindestens zwei Jahren;
- Erfüllung der für die derzeitigen Mitglieder geltenden Kriterien für die Übernahme der gemeinsamen Währung, einschließlich eines Haushaltsdefizits von weniger als 3 % des Bruttoinlandproduktes, einer Schuldenquote von weniger als 60 % des Bruttoinlandproduktes, geringer Inflation und niedriger Zinssätze nahe dem EU-Durchschnitt. Die wesentliche Bedingung ist ein ausreichendes Ausmaß an nachhaltiger realer Konvergenz.

Die Übernahme des Euro wird die Handelsintegration der neuen Mitglieder mit den Wirtschaften in der Eurozone weiter verstärken, die Wechselkursrisiken für Investitionen beseitigen und dauerhaft niedrige langfristige Zinssätze gewährleisten.

Jedoch ist der angemessene Zeitplan für die Übernahme des Euro durch die neuen Mitgliedstaaten bei weitem noch nicht klar. Es besteht eine Spannung zwischen den Maastricht-Kriterien hinsichtlich geringer Inflation und begrenzter Haushaltsdefizite und dem Bedarf an Übergangswirtschaften für öffentliche Investitionen. Diese öffentlichen Ausgaben beinhalten die notwendigen Summen für die Implementierung des *Acquis* sowie für die Mitfinanzierung von Infrastrukturprojekten, um für EU-Haushaltstransfers in Betracht zu kommen, sowie den allgemeineren Investitionsbedarf für die Modernisierung der Infrastruktur und öffentlichen Dienste. Die Übergangswirtschaften verzeichnen ferner einen Aufwärtstrend in ihren realen Wechselkursen, was zu einer höheren Inflation oder einer Aufwertung des nominalen Wechselkurses (oder beidem) führt, wobei diese Faktoren im Hinblick auf die Euro-Mitgliedschaft mit den Anforderungen hinsichtlich Wechselkursstabilität und geringer Inflation in Konflikt geraten könnten.

Aus den genannten Gründen müssen die neuen Mitgliedstaaten die verschiedenen möglichen Ansätze zur Übernahme des Euro sorgfältig abwägen und dabei den hohen Anspruch des diesbezüglichen Regelwerkes berücksichtigen. Gleichzeitig müssen die derzeitigen Mitglieder der Eurozone die diesbezüglichen Regeln beachten, worin auch die Begrenzung der öffentlichen Defizite durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt eingeschlossen ist, um die Vorteile der makroökonomischen Stabilität in der EU, die der Euro bereits mit sich gebracht hat, zu wahren.

### *Die Lissabon-Strategie*

Die Lissabon-Strategie stellt eine wichtige und innovative Strategie dar, um die EU wettbewerbsfähig zu machen und ihre wirtschaftliche Wachstumsraten anzuheben.

#### **Die Lissabon-Strategie**

Im März 2000 haben es sich die Staats- und Regierungschefs der EU anlässlich des Europäischen Rates in Lissabon zum Ziel gesetzt, „bis 2010 die wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaft der Welt zu schaffen“.

Um dieses Ziel zu erreichen, beschlossen sie weit reichende Maßnahmen – von normaler europäischer Gesetzgebung bis hin zu innovativen Maßnahmen wie zum Beispiel Leistungsvergleich („Benchmarking“) und Beurteilung der Leistung der Mitgliedstaaten durch Gleichrangige. Dieser wirtschaftliche Reformprozess zielt darauf ab, den Wettbewerb innerhalb der EU zu erhöhen und die Arbeitsmärkte zu reformieren – bei gleichzeitiger Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Sicherstellung der Verträglichkeit der Wirtschafts- und Umweltpolitik. Zu den Zielsetzungen gehören:

- ◆ Fertigstellung des Binnenmarktes in Schlüsselbereichen, wie zum Beispiel Telekommunikation, Energie und Finanzdienstleistungen.
- ◆ Erweiterung des Zugangs zu neuen Technologien, einschließlich Mobiltelefon und Internetzugang.
- ◆ Förderung der Forschung durch Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben bis auf 3 % des Bruttoinlandsproduktes und Einführung eines einzigen europäischen Patentsystems.
- ◆ Verstärkung des Wettbewerbs im Bahn- und Lufttransportwesen.

- ◆ Bewältigung der allgemeinen Probleme, mit denen mittelständische und neu gegründete Unternehmen zu kämpfen haben, was für den Ausbau der Beschäftigung von entscheidender Bedeutung ist.
- ◆ Förderung von Wettbewerbsmärkten und Reduzierung verzerrender Industriesubventionen.
- ◆ Anhebung der globalen Arbeitspartizipationsrate auf 70 % sowie Steigerung der Arbeitspartizipation von Frauen und älteren Arbeitnehmern.
- ◆ Verbesserung der Ausbildung von Arbeitnehmern und Förderung einer Kultur des lebenslangen Lernens.
- ◆ Überholung der Rentensysteme zur Gewährleistung der langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen.
- ◆ Modernisierung der sozialen Absicherung, einschließlich der Reduzierung der Anzahl von Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind.
- ◆ Beseitigung der Ursachen der Klimaveränderung durch Verringerung der Treibhausgasemissionen.

Diese ehrgeizige und weit reichende Agenda erfordert nachhaltige Bemühungen über viele Jahre hinweg. In jährlichen Untersuchungen durch die Europäische Kommission sollen die Fortschritte an den Zielvorgaben gemessen werden.

Bisher waren die Fortschritte nicht zufrieden stellend. In ihren letzten Erklärungen hat die Kommission die Mitgliedstaaten für die langsame Reformgeschwindigkeit und die unzureichende Entschlossenheit im Erreichen der Ziele von Lissabon kritisiert. Andere Kommentatoren vertreten die Ansicht, dass die EU in einigen Teilen der Reformagenda, wie beispielsweise bei der Liberalisierung des Energiemarktes<sup>6</sup>, Fortschritte gemacht hat.

Die zukünftigen Mitgliedstaaten werden durch die Erfüllung einiger der Zielvorgaben, wie beispielsweise der anvisierten Anhebung der durchschnittlichen Beschäftigungsrate auf 70 % und der Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3 % des Bruttoinlandsproduktes, vor große Herausforderungen gestellt. Jedoch sind diese Schwierigkeiten Gründe zum Weitermachen, nicht zum Aufschieben. Die derzeitigen Mitgliedstaaten können in der Tat viel von den neuen Mitgliedern lernen, die in ihrem Übergang zu Marktwirtschaften schwierige Wirtschaftsreformen durchlaufen haben. Deren Erfahrung – zum Beispiel in der Rentenreform – sollte in der Lissabon-Strategie ausgenutzt werden. In

---

<sup>6</sup> Murray, A. 2003.

Bereichen, wie beispielsweise der Anpassung an die e-Economy, sind einige der zukünftigen Mitgliedstaaten besser positioniert als einige derzeitige Mitglieder.

Der Lissabon-Strategie sollte Priorität eingeräumt werden, so dass ihr Zeitplan - die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt zu machen - eingehalten wird. Die zukünftigen Mitgliedstaaten sollten nun voll darin einbezogen werden, ohne den formalen Abschluss des Erweiterungsprozesses abzuwarten.

### ***Die Haushaltskosten***

Seit den 90er Jahren hat die EU in die beitrittswilligen Länder investiert, um deren Beitrittsvorbereitungen zu unterstützen, wobei sich die Haushaltskosten seit 2000 auf mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr belaufen (siehe Tabelle 6 im Anhang zu den Haushaltsausgaben der EU für die Erweiterung).

Nach dem Beitritt werden die Nettoausgaben der EU in den neuen Mitgliedstaaten gering ausfallen. Unter dem in Kopenhagen 2002 erreichten Abkommen betragen die finanziellen Kosten bis Ende 2006 maximal 40,8 Milliarden Euro, worin Agrarsubventionen, Infrastruktur- und Finanzhilfen zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit, der öffentlichen Verwaltung und des Grenzschutzes inbegriffen sind (siehe Tabelle 7 im Anhang). Die neuen Mitglieder werden Beiträge in Höhe von ca. 15 Milliarden Euro in den EU-Haushalt einzahlen, und da sie eventuell nicht in der Lage sein werden, die ihnen zugeteilten Gelder voll zu nutzen, betragen die Nettohaushaltskosten der Erweiterung für den Zeitraum bis 2006 hinsichtlich der tatsächlich ausgegebenen Mittel wahrscheinlich ca. 10 Milliarden Euro (einige der zugeteilten Gelder, wie beispielsweise Struktur- und Kohäsionsfonds mit langer Vorlaufzeit, sollen nach 2006 ausgezahlt werden).

Obwohl für die neuen Mitglieder signifikant, fallen diese Haushaltsausgaben für die EU, was die Förderung von Wirtschaftswachstum und politischer Stabilität anbetrifft, bescheiden aus. Beispielsweise liegen diese Ausgaben unter den Kosten der Kriegskampagne und des Wiederaufbaus im Kosovo, die weit über 10 Milliarden Euro lagen, und bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt fallen sie wesentlich geringer als die Mittel aus, die Deutschland für die Wiedervereinigung in den 90er Jahren eingesetzt hat.

Von den neuen Mitgliedern wird die Implementierung der EU-Politik in Bereichen wie Umwelt und Verkehr beträchtliche Ausgaben über viele kommende Jahre hinweg erfordern. Darüber hinaus müssen sie Gelder zur Mitfinanzierung von Infrastrukturprojekten finden, um für EU-

Haushaltstransfers in Betracht zu kommen. Gleichzeitig hoffen sie, sich für die Teilnahme am Euro zu qualifizieren, was mit der Notwendigkeit der Begrenzung der Haushaltsdefizite verbunden ist.

Die Auswirkungen der Erweiterung auf den EU-Haushalt bezogen auf den Zeitraum ab 2007 hängt davon ab, ob und inwieweit der Haushalt reformiert wird. Die Kosten der Erweiterung sind in der Tat ausschließlich von den zukünftigen Entscheidungen der EU abhängig. Auf der Ausgabenseite bezieht sich dies insbesondere auf die gemeinsame Agrarpolitik und die Strukturfonds für die wirtschaftliche Entwicklung der ärmeren Regionen und Sektoren.

Ländliche Gebiete innerhalb der EU machen einen wichtigen, jedoch verwundbaren Teil der Gesellschaft aus, wobei eine aktive EU-Politik gefordert ist. Die Erweiterung bietet jedoch die Möglichkeit, den Akzent der Agrarhilfe weiter in Richtung einer breiteren wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten zu verschieben. Ein jüngster Bericht kam zu der Schlussfolgerung, dass die Beibehaltung der bisherigen Agrarpolitik mit großzügigen Einkommenszahlungen, selbst wenn dies weiter von der Produktion abgekoppelt wird, dem langfristigen Aufholwachstum in Mitteleuropa entgegenwirken wird, da dies Anreize für die Fortsetzung der Agrarproduktion mit geringer Produktivität liefern und keine Veränderungen hin zu produktiveren Wirtschaftsbereichen bewirken wird.<sup>7</sup>

Eine Untersuchung der Zukunft des EU-Haushalts nach der Erweiterung, in der verschiedene Haushaltsszenarien aufgezeigt werden,<sup>8</sup> kommt zu dem Ergebnis, dass die Kosten der Erweiterung in hohem Maße davon abhängen, ob die bisherigen Mitgliedstaaten für die verringerten Strukturfondsausgaben in ihren Regionen einen „Ausgleich“ erhalten, da sie in der erweiterten Union relativ gesehen reicher sein werden. In einem Szenario der gemeinsamen Agrarpolitik unter Beibehaltung der derzeitigen Strukturrichtlinien sowie unter der Voraussetzung, dass die bisherigen Mitgliedstaaten die gleichen Beträge aus den Strukturfonds erhalten wie 2006, würden die Erweiterungskosten von 0,03 % des Bruttoinlandsproduktes der erweiterten Union im Jahr 2004 auf 0,23 % im Jahr 2013 ansteigen.

Reformen dieser Politik könnten beträchtliche Auswirkungen auf den EU-Haushalt insgesamt sowie auf die Kosten der Erweiterung haben. In anderen Szenarien würde eine Senkung der direkten Einkommensunterstützung in der Landwirtschaft auf 85 % des derzeitigen Niveaus bis 2013 zu Erweiterungskosten von nur 0,18 % führen. Bei einer strengen Anwendung der

---

<sup>7</sup> Pelkmans, J. 2002.

<sup>8</sup> Karlsson, B. 2002.

Vorschriften über die Strukturhilfe bei den derzeitigen Mitgliedern würden die Erweiterungskosten nur 0,11 % betragen.

Reformen der Verteilung der Finanzlast sind ebenfalls möglich. Die Einkommensverträge der EU zeichnen sich durch zunehmende Komplexität aus, und es wird ein gerechteres, transparenteres und stabileres System benötigt.

### ***Schlussfolgerung***

Im Hinblick auf die Erweiterung sollte die europäische und nationale Politik dem wirtschaftlichen Wachstum und dem realen Zusammenwachsen zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten Priorität einräumen, d. h. einer höheren Gesamtwachstumsrate für die EU-25 mit noch höheren Raten, sofern möglich, für die neuen Mitglieder. Längerfristig wird dies die Lücke auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet verkleinern und durch die Dynamik der neuen Mitglieder zusätzliches Wachstum in den alten Mitgliedstaaten schaffen.

Für die wichtigen Entscheidungen, die 2006 in Bezug auf den zukünftigen Haushaltsrahmen getroffen werden müssen, sollte nun der Boden vorbereitet werden:

- Die Erweiterung bietet die Möglichkeit einer Überprüfung des Strukturhilfe-Mix - mit dem Ziel, die Finanzausstattung enger mit den Treibern für Wirtschaftswachstum zu verknüpfen. Die Erfahrung in der Vergangenheit hat gezeigt, dass Subventionen nicht hilfreich sind, wenn sie dazu eingesetzt werden, Anpassungen zu verzögern, anstatt sie zu unterstützen. Die Nutzung der Strukturausgaben sollte überprüft werden, um Ausgabenbereiche zu ermitteln, die Wirtschaftswachstum und Innovation in den neuen Mitgliedstaaten, insbesondere die regionale Integration von Mittel- und Osteuropa durch grenzübergreifende Infrastruktur, am ehesten unterstützen.
- Es sollten andere innovations- und wachstumsbezogene Formen von Ausgaben, die über die Strukturfonds hinausgehen, erwogen werden, wie beispielsweise Forschungs- und Entwicklungsausgaben.
- In der gemeinsamen Agrarpolitik sollte die Abwendung von Preisen und Mengen hin zu einer Qualitätspolitik sowie einer dynamischen Politik der ländlichen Entwicklung, die den Abgang von Arbeitsplätzen aus der Landwirtschaft in den neuen Mitgliedstaaten eher fördert als kontrolliert, fortgesetzt werden. Antriebsfaktor muss dabei die Sorge um die

Menschen und ihre Gemeinschaften sein, was bedeutet, dass auch Entwicklungsländern Möglichkeiten durch Agrarhandel eröffnet werden.

Das politische Momentum der Lissabon-Strategie sollte wiederhergestellt werden, und die darin vorgesehenen Reformen sollten mit Dringlichkeit umgesetzt werden, um das Wachstum in der erweiterten Union zu fördern. Die zukünftigen Mitgliedstaaten sollten nun voll darin einbezogen werden.

Arbeitsmobilität wird ein wichtiger Faktor in der Bewältigung der der Erweiterung folgenden Anpassungen sein. Eine befristete Arbeitslosenversicherung zusammen mit der Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche werden effektivere Mittel zur Bewältigung des Wandels sein als eine Beschäftigungsschutzgesetzgebung. Die Erweiterung wird den Druck auf die Arbeitsumschichtung zwischen Industrien und Ländern, insbesondere in den Mitgliedstaaten und Regionen nahe den neuen Mitgliedstaaten, erhöhen und somit einen weiteren Impuls für solche Reformen liefern.

Die derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten benötigen eine Beschäftigungspolitik, die zu einer effizienten Sozial- und Wirtschaftspolitik beiträgt und somit den Erfolg der Erweiterung garantiert. Die marktorientierte Abwanderung von Arbeitskräften durch die Freizügigkeit der Menschen auf dem gemeinsamen Markt stellt einen Wachstumsfaktor dar. Die derzeitigen Mitgliedstaaten sollten ihre Märkte für den Zustrom von Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedstaaten öffnen, sobald ihnen dies möglich ist. Selbst nach Aufhebung der Beschränkungen wird der Zustrom von Arbeitnehmern wahrscheinlich begrenzt sein.

Die EU benötigt ein Wirtschafts- und Sozialmodell, das die besten Elemente aus den bisherigen und neuen Mitgliedstaaten miteinander vereint. Ziel dieses Modells sollte die Bewältigung der Anpassung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und nicht der Schutz vorhandener Arbeitsplätze sein. Es sollten nun Maßnahmen getroffen werden, um die von der Erweiterung Betroffenen innerhalb eines gemeinsamen europäischen Rahmens aufzufangen.

## **Kapitel 4**

### **LEBENSQUALITÄT**

Die Bürger in der EU haben Bedenken hinsichtlich der Lebensqualität in der erweiterten EU. Sie fragen sich, wie sich die Erweiterung in den Bereichen interne Sicherheit, Umwelt, nukleare Sicherheit und Lebensmittelstandards auf ihr tägliches Leben auswirken wird. Wurde in den Beitrittsverhandlungen auf diese öffentlichen Bedenken eingegangen? Wird es besser sein, die neuen Mitglieder innerhalb, anstatt außerhalb, der EU zu haben?

#### ***Interne Sicherheit***

Kriminalität, Drogen, Terrorismus und illegale Einwanderung stehen auf der Problemliste der europäischen Bürger - unabhängig von der Erweiterung - ganz oben. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre Arbeit verstärken, um die Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Die Erweiterung kann sehr positive Folgen für die interne Sicherheit haben, da sie zu einer weiteren Ausdehnung der Zusammenarbeit in Polizei-, Grenz- und Justizangelegenheiten quer durch den europäischen Kontinent führen wird.

In diesem Abschnitt soll auf die Herausforderungen, mit denen die Union auf dem Gebiet der internen Sicherheit konfrontiert wird, und die Bewältigung dieser Herausforderungen eingegangen werden. Außerdem werden die wahrscheinlichen Auswirkungen der Erweiterung der EU in Bezug auf die interne Sicherheit betrachtet: Welche Probleme durch die Erweiterung gelöst werden können, welche Probleme sich durch die Erweiterung verschärfen können, und wie diese Probleme gemeistert werden könnten.

Die EU fördert die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen innerhalb der Union zum Nutzen aller ihrer Bürger. Jedoch können diese Freiheiten der Kriminalität – insbesondere der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität – Tür und Tor öffnen, was von den nationalen Behörden nicht alleine in den Griff bekommen werden kann. Dieses Problem versucht die Europäische Union durch Zusammenarbeit in Angelegenheiten der internen Sicherheit zu bewältigen. Jedoch muss beim Ausräumen der Sicherheitsbedenken der Bürger der Schutz der Individualrechte und Freiheiten gewahrt werden. Aus diesem Grund hat sich die Union im Rahmen des Amsterdamer Vertrags das Ziel gesetzt, eine Freiheits-, Justiz-



und Sicherheitszone zu schaffen, die 1999 im Europäischen Rat von Tampere im Detail ausgearbeitet wurde.

Diese Freiheits-, Justiz- und Sicherheitszone geht weit über Sicherheitsfragen hinaus und beinhaltet die Zusammenarbeit der Justiz in zivilen Angelegenheiten. Die Erweiterung der EU wird auch in diesen Bereichen Vorteile bieten. Beispielsweise wird es den Bürgern erleichtert, sich in anderen Mitgliedstaaten an Zivilgerichte zu wenden, um Angelegenheiten in Bezug auf ihr persönliches Leben oder ihre wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen.

Auf dem Gebiet der Sicherheit hat die EU Richtlinien für die internationale Zusammenarbeit von Justiz und Polizei sowie die gemeinsame Kontrolle der EU-Außengrenze festgelegt. Zu den Ergebnissen zählen *Europol*, die die Zusammenarbeit von Polizei und Zoll durch den Austausch und die Analyse von Informationen und Erkenntnissen sowie die Koordinierung gemeinsamer Fahndungen verstärken soll, und *Eurojust*, die die Zusammenarbeit zwischen den Staatsanwaltschaften innerhalb Europas unterstützt. Für Straftaten und Verbrechen, wie beispielsweise Menschen- und Drogenhandel, terroristische Anschläge, Cyber-Kriminalität, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, wurden gemeinsame Grundsätze hinsichtlich der Definition von Delikten und Mindeststrafen formuliert, damit keine „sicheren Zufluchtsstätten“ für diese kriminellen Handlungen existieren. Durch das Abkommen über den europäischen Haftbefehl werden Auslieferungsverfahren innerhalb der EU vereinfacht. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung wurde nach den Ereignissen des 11. September 2001 intensiviert, und die zukünftigen Mitgliedstaaten haben sich dem Maßnahmenplan der EU zur Bekämpfung des Terrorismus voll angeschlossen.

### *Illegale Einwanderung*

Ein Teil der Bedenken der Öffentlichkeit dreht sich um die illegale Einwanderung. Wenn die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in den Ländern die Menschen dazu veranlassen, an einem anderen Ort nach besseren Möglichkeiten zu suchen, passt sich die organisierte Kriminalität an, um die Anforderungen dieses „Marktes“ zu erfüllen. Somit wird der Schmuggel von Einwanderern – von denen viele nicht aus den zukünftigen Mitgliedstaaten stammen, sondern über diese Länder in der EU ankommen – durch die organisierte Kriminalität ein ernster Aspekt der illegalen Einwanderung, obwohl sich die Anzahl der Einwanderer, die sich an solche Schmuggler wenden, nur schwer berechnen lässt. Die hohen Preise, die

Einwanderer für die Dienstleistungen dieser Schmuggler zahlen, führen zu hohen kriminellen Gewinnen. Darüber hinaus werden die Einwanderer häufig von den Schmugglern zu strafbaren Handlungen, Betteln oder Prostitution gezwungen, oftmals um die Kosten für ihren Schmuggel zu bezahlen. Der Schmuggel von Einwanderern durch die organisierte Kriminalität hat daher sowohl auf die Gesellschaft in den Ländern, die sie passieren, als auch auf ihre Zielländer kriminelle Auswirkungen.

Illegale Einwanderung kann nicht nur den Schmuggel von Menschen betreffen, sondern auch Visummissbrauch (Überziehung der bewilligten Aufenthaltsdauer, Arbeiten ohne Genehmigung), Scheinehen oder vorgegebener Studentenstatus. Viele Einwanderer haben einen illegalen Status, besitzen jedoch keine kriminellen Verbindungen. Durch den illegalen Status haben die Einwanderer jedoch weniger Möglichkeiten, das Banksystem zu nutzen oder sich ordnungsgemäß an das Rechtssystem zu wenden, was zu verstärkten Anreizen für Kleinkriminalität führt. Es gibt keine einfachen Lösungen für diese Probleme, bei denen gesetzliche, sozialpolitische und menschenrechtliche Belange eine Rolle spielen.

Gut kontrollierte Außengrenzen stellen eine der Möglichkeiten dar, mit denen die EU illegale Einwanderung bekämpft und sich vor anderen Formen krimineller Handlungen schützt. Das Schengen-System sieht die Abschaffung der internen Grenzkontrollen im Personenverkehr zwischen den EU-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Großbritannien und Irland<sup>9</sup>, vor, um das Reisen zu vereinfachen. Als Ausgleich für den Wegfall dieser Kontrollen haben die Mitgliedstaaten eine Reihe von Maßnahmen an den Außengrenzen eingerichtet, einschließlich gemeinsamer Vorschriften hinsichtlich Grenzüberschreitung, Kontrolle und Überwachung, eines gemeinsamen Visasystems sowie der Zusammenarbeit im Kampf gegen Kriminalität und illegale Einwanderung.

Ein Großteil der illegalen Einwanderung in Europa steht nicht mit den EU-Nachbarn im Zusammenhang und kommt aus Ländern, die von Krieg oder internen Konflikten betroffen waren. Die Kommission versucht, die Bedingungen in den Ländern, aus denen die Zuwanderung stattfindet, zu verbessern, um die Faktoren, die zu hohen Zahlen potenzieller Einwanderer, die in die EU streben, zu verringern, und die Eindämmung der Einwanderung in die EU-Außenpolitik zu integrieren.

Die Freiheits-, Justiz- und Sicherheitszone ist ein relativ neues Tätigkeitsgebiet der EU, und es besteht noch eine erhebliche Diskrepanz zwischen Ambition und Wirklichkeit. Viele Probleme in Bezug auf Asyl, Eindämmung der Zuwanderung, Außengrenzen und Zusammenarbeit in Polizei- und Justizangelegenheiten erfordern die einstimmige Verabschiedung im Europäischen Rat, und die Funktionen des Europäischen Parlamentes sowie des Europäischen Gerichtshofes sind beschränkt. Justiz- und Sicherheitsprobleme sind politisch heikle Angelegenheiten, und die nationalen Regierungen verlangen ein volles Mitspracherecht in Fragen der politischen Entwicklung. Jedoch haben mangelnder politischer Wille zusammen mit dem Einstimmigkeitsgrundsatz den Fortschritt in Bereichen wie beispielsweise Asyl und Zusammenarbeit der Justiz verzögert.

*Was wird sich durch die Erweiterung verändern?*

Durch den Erweiterungsprozess stehen den zukünftigen Mitgliedern verbesserte Möglichkeiten zur Verfügung, um ihre Rolle in der Sicherheitspolitik der Union zu übernehmen. Die Frage einer effizienten Grenzkontrolle wurde fortlaufend in den Beitrittsverhandlungen verhandelt, und die zukünftigen Mitglieder haben zugestimmt, nach ihrem Beitritt umfassende Kontrollen an der Außengrenze einzurichten. Im Rahmen des Programms der Vor-Beitritts-Hilfe wurden beträchtliche Mittel für den Ausbau der Außengrenzen sowie die Schulung von Grenzpolizei und Justiz zur Verfügung gestellt. Technische Unterstützung und Partnerschaftsprojekte wurden ebenfalls in hohem Maße in diesem Bereich eingesetzt. Im Rahmen des Programms der Kommission stehen Mittel zur Verbesserung der Grenzinfrastruktur in Russland und der Ukraine zur Verfügung. Die neuen Mitgliedstaaten werden ähnliche Grenzkontrollen wie an den derzeitigen Schengen-Außengrenzen einrichten. Auch nach dem Beitritt soll beträchtliche finanzielle Hilfe für die Grenzsicherheit bereitgestellt werden.

Die neuen Mitgliedstaaten werden jedoch nicht unmittelbar nach ihrem Beitritt das Schengen-Abkommen in allen Aspekten übernehmen. Die internen Grenzkontrollen werden erst aufgehoben, wenn diese Staaten nachgewiesen haben, dass sie sämtliche Anforderungen des Schengen-*Acquis* erfüllen. Dies wird die einstimmige Billigung durch alle Mitgliedstaaten, die ihre internen Grenzkontrollen bereits abgeschafft haben, erfordern und auf einer Reihe von Detailprüfungen basieren. Sowohl Griechenland als auch Italien mussten ihre Standards über mehrere Jahre hinweg anheben, um volle Schengen-Mitglieder zu werden.

---

<sup>9</sup> Die Nicht-EU-Mitglieder Island und Norwegen gehören ebenfalls zu den Schengen-Staaten, so dass der freie

Auf diese Weise erhöhen sich durch die Erweiterung der EU ihre Fähigkeiten in der Bekämpfung von Kriminalität und illegaler Einwanderung. Die Union wird von verstärkten Grenzkontrollen der neuen Mitgliedstaaten profitieren. In Bezug auf das Strafrecht wird die Politik, die darauf abzielt, sichere Zufluchtsstätten für Kriminelle zu beseitigen, auf die zehn neuen Länder ausgedehnt. Die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz auf dem Gebiet der Untersuchung und Verfolgung von Verbrechen wird in einem wesentlich breiteren Zuständigkeitsbereich möglich sein. Außerdem ergeben sich Möglichkeiten für eine bessere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit mit den Ländern jenseits der neuen Außengrenzen, worin Russland und die Länder des Westbalkans eingeschlossen sind. Die politische Stabilität und der wirtschaftliche Wohlstand der neuen Mitgliedstaaten werden durch die EU-Mitgliedschaft zunehmen, was wiederum zur Bekämpfung von internationaler Kriminalität und illegaler Einwanderung beiträgt.

*Wird die Erweiterung zu neuen Problemen führen?*

Erstens wird es durch die zunehmende Diversität und Anzahl von Mitgliedern schwieriger werden, im Rahmen des Prozesses zur Schaffung der geplanten europäischen Freiheits-, Sicherheits- und Justizzone Entscheidungen zu treffen, um die Forderungen der Bürger nach effektiven Maßnahmen gegen internationale Kriminalität und illegale Einwanderung zu erfüllen.

Obwohl Fragen, wie zum Beispiel die Harmonisierung des Strafrechts sowie des Strafverfahrens, wahrscheinlich sensible Themen für die nationalen Regierungen bleiben werden, muss die EU ihre Vereinbarungen über die Entscheidungsfindung reformieren, um den Geltungsbereich des Einstimmigkeitsgrundsatzes zu verkleinern und der demokratischen Überprüfung mehr Gewicht zu verleihen. Die Ergebnisse der „Konvention über die Zukunft Europas“ in diesem Bereich werden sich signifikant auf den Erfolg der Erweiterung auswirken.

Zweitens erfordert die Zusammenarbeit in Justiz- und Sicherheitsfragen eine ehrliche, effiziente und qualifizierte Verwaltung, um das Vertrauen zu schaffen, auf dem die Zusammenarbeit basiert. Die Fähigkeit der neuen Mitgliedstaaten, eine aktive Rolle in der Zusammenarbeit der europäischen Justiz zu übernehmen, wird von ihren nationalen Kompetenzen abhängen. Trotz

umfassender und beeindruckender Reformen kam ein jüngster Bericht<sup>10</sup> zu der Schlussfolgerung, dass die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten noch nicht alle gleich bleibend unabhängige, kompetente und zurechenbare Justizverfahren garantieren können. Auf diesem Gebiet gibt es selbstverständlich auch Probleme in den derzeitigen Mitgliedstaaten, jedoch haben die historischen Erfahrungen und das Vermächtnis der neuen Mitgliedstaaten besondere Probleme hervorgebracht.

Drittens weisen viele der neuen Mitgliedstaaten nationale oder sprachliche Minderheiten oder Roma-Gemeinschaften auf. Im Rahmen des Vor-Beitritts-Prozesses sind sie dazu verpflichtet, den Rechten dieser verschiedenen Gemeinschaften mehr Beachtung zu schenken. Der rechtliche und institutionelle Rahmen zum Schutz von Minderheiten wurde verstärkt und Maßnahmenpläne zur Verbesserung der Situation der Roma-Gemeinschaften entwickelt, einschließlich der Implementierung einer Antidiskriminierungs-Gesetzgebung in Übereinstimmung mit europäischem Recht sowie unter Anleitung des Europäischen Rates. Auf diese Weise hat der Erweiterungsprozess die Risiken von Konflikten innerhalb der Gesellschaft und sogar zwischen Ländern verringert und zur Verbesserung der Sicherheit innerhalb der erweiterten EU beigetragen.

### ***Umwelt***

Sowohl in der EU-15 als auch in den zukünftigen Mitgliedstaaten werden Fragen zu den Umweltwirkungen der Erweiterung gestellt. Innerhalb der EU zeigt sich die öffentliche Meinung besorgt über das Umweltvermachtnis der kommunistischen Ära in Mittel- und Osteuropa. Die zukünftigen Mitgliedstaaten sind wegen der Kosten beunruhigt, die mit der Erfüllung der EU-Umweltgesetzgebung verbunden sind.

Infolge dieser Bedenken erschien die Umwelt anfänglich als ein „Problem der Erweiterung“. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass der Erweiterungsprozess gerade auf diesem Gebiet wesentliche Vorteile mit sich bringt. Die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft hat das Niveau der Umweltpolitik in den zukünftigen Mitgliedstaaten angehoben. Dies hat sie dazu veranlasst, verunreinigte Industriegebiete zu säubern, die öffentliche Gesundheit zu verbessern, die Schäden an Wäldern, Feldern und Fischereigewässern zu verringern, den Schutz natürlicher Lebensräume zu verbessern und eine sicherere und solidere Abfallwirtschaft einzuführen.

---

<sup>10</sup> Open Society Institute, 2002.

Umweltinvestitionen und modernere Technologie werden zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz und Produktivität führen.

### *Die Auswirkungen der Erweiterung*

Nach Jahrzehnten des Umweltaubaus in Mittel- und Osteuropa war die Forderung der Bevölkerung nach Demokratie im Jahr 1989 teilweise umweltpolitisch motiviert. Im Verlauf der vergangenen zehn Jahre haben die zukünftigen Mitgliedstaaten viele dieser Probleme bewältigt und EU-Richtlinien übernommen, um neue Gesetzgebung einzuführen, die institutionelle Kapazität zu stärken sowie Problemen in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung im Zuge ihres Übergangs anzugehen. Infolge der Abkehr von einer Planwirtschaft hin zu einer Marktwirtschaft wurde der Großteil ihrer Schwerindustrie umorganisiert und modernisiert und die Energieeffizienz verbessert.

Der Beginn des Beitrittsprozesses liefert einen weiteren Impuls. Die EU-Umweltgesetzgebung fordert die Schaffung von Umweltinstitutionen, die Entwicklung landesspezifischer Lösungen sowie die Mobilisierung von Mitteln für deren Implementierung. Alle zukünftigen Mitgliedstaaten sind der Europäischen Umweltbehörde beigetreten. Moderne und effizientere Industrien und geringere Verschmutzung werden sowohl für die betroffenen Länder als auch für die anderen EU-Länder von Vorteil sein. Die erweiterte EU wird einen Wachstumsmarkt für Umwelttechnologien darstellen, die Innovationen und zusätzliche Nachfrage fördern. In Zypern und Malta wurden die Probleme der Abfallwirtschaft in den Vordergrund gestellt, und beide Länder haben diesbezügliche Gesetze eingeführt.

In den meisten zuvor kommunistisch regierten Ländern führte das zentral geplante System zu großen staatlichen Agrarindustriunternehmen, die viele Menschen beschäftigten, sich jedoch wenig um die Umweltwirkungen kümmerten. Die Tatsache, dass sie die EU-Auflagen erfüllen mussten, hat die neuen Mitgliedstaaten dazu motiviert, Umweltproblemen in der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung mehr Bedeutung beizumessen. Der Zusammenbruch der Zentralplanung sowie mangelnde Investitionen haben in zahlreichen Fällen den Übergang zu einer biodynamischen Landwirtschaft bewirkt. Da die Nachfrage nach Produkten aus biologisch kontrolliertem Anbau innerhalb der EU steigt, kann dies den Landwirten in den zukünftigen Mitgliedstaaten Möglichkeiten eröffnen.

Die zukünftigen Mitgliedstaaten bieten der erweiterten Union mit Naturparks, Wäldern und Naturschutzgebieten, unberührten Naturgebieten sowie Pflanzen und Tierarten, die in Westeuropa selten sind, wie beispielsweise Bär, Bison, Luchs usw., eine reichhaltige Quelle der Biodiversität. Dieses Vermögen wird die Umwelt Europas bereichern und den Druck auf die lokalen Ökosysteme verringern.

### *Implementierung und Finanzen*

Die effektive Einhaltung der EU-Umweltnormen erfordert administrative Bemühungen und massive Investitionen, insbesondere bei EU-Richtlinien wie Wasserwirtschaft (kommunale Abwasser- und Trinkwasserwirtschaft), Gefahrstoffe in der Wasserwelt, Abfall (Mülldeponien, Müllverbrennung, Müllverpackung), Luftqualität, integrierte Abfallvermeidung, Naturschutz und Transport.

Der Hauptanteil der Investitionen wird in der Bekämpfung der Luftverschmutzung, in der Wasser- und Abwasserwirtschaft sowie in der Entsorgung von Kommunal- und Sondermüll notwendig sein. Schätzungen der Europäischen Kommission und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zufolge werden sich die Kosten der Implementierung dieser Gesetzgebung für alle zukünftigen Mitgliedstaaten zusammengenommen im Bereich von 80 bis 110 Milliarden Euro bewegen. Der größte Teil der Kosten ist von den Ländern zu tragen, obwohl die EU und internationale Finanzinstitutionen finanzielle Mittel zur Mitfinanzierung bereitstellen werden.

Zur Milderung dieser Auswirkungen hat die EU Übergangsvereinbarungen zugestimmt, die eine befristete Befreiung von den schwierigsten Teilen der Umweltgesetzgebung gewährt, wobei die Anpassungen über die Zeit verteilt werden müssen. Dies betrifft ungefähr 15 Richtlinien der insgesamt 149, für die die Übergangsphasen größtenteils unter 10 Jahren liegen werden. Solche Übergangsphasen wurden in bestimmten Bereichen nicht zugelassen. Dazu zählen: Luft, Abfall, Wasser, Auswirkungsbeurteilung, Naturschutz (Lebensraum, Vögel), Grundzüge des Binnenmarktes (gesamte produktbezogene Gesetzgebung) und neue Anlagen. Dies bedeutet, dass bei neuen Investitionen in den zukünftigen Mitgliedstaaten die EU-Umweltnormen vollständig eingehalten werden sollten, da fast die gesamte Umweltgesetzgebung zum Zeitpunkt des Beitritts erfüllt sein muss.

Zusammengefasst ist dies ein Gebiet, in dem die mittel- und osteuropäischen Länder ihre Umweltnormen zum größten Teil auf eigene Kosten mit positiven Vorteilen nicht nur für ihre eigenen Bürger, sondern auch für die anderen EU-Staaten dem EU-Niveau angleichen.

Um das Erreichen dieser positiven Ergebnisse sicherzustellen, müssen die Implementierung der EU-Vorschriften effektiv überwacht und reale Bemühungen unternommen werden, um die Umwelt in anderen Politikbereichen, die in den neuen Mitgliedstaaten übernommen werden, mit dem Ziel einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung einzubeziehen.

### ***Nukleare Sicherheit***

Innerhalb der erweiterten EU können die Mitgliedstaaten weiterhin den Energiemix für ihre Stromversorgung frei wählen und sich daher für Atomenergie entscheiden. Von den zehn zukünftigen Mitgliedstaaten betreiben fünf Atomkraftwerke. Im Verlauf der vergangenen Jahre hat die EU verlangt, dass sie ein hohes nukleares Sicherheitsniveau in Übereinstimmung mit dem von den hoch industrialisierten G7-Ländern übernommenen Ansatz garantieren. Infolge des Erweiterungsprozesses haben sie gefährliche Atomkraftwerke abgeschaltet oder sich dazu verpflichtet oder diese an strikte Sicherheitsnormen angepasst.

Nukleare Sicherheit ist jedoch nicht nur von der maschinellen Konstruktion abhängig, sondern sie ist vielmehr das Ergebnis einer umfassenden Sicherheitskultur (effektive und unabhängige Regulierungssysteme, Betriebsverfahren, Qualitätskontrollen, moderne Managementmethoden und Schulung), die von der EU auf die zukünftigen Mitgliedstaaten ausgedehnt wird. Somit trägt die Erweiterung zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit in Europa bei.

### ***Lebensmittelstandards***

Die Bedeutung von Problemen in Verbindung mit der Lebensmittelsicherheit in den derzeitigen Mitgliedstaaten ist durch jüngste Krisen, wie beispielsweise die BSE-Krankheit, die mit intensiven Landwirtschaftsmethoden in Zusammenhang stehen, welche in den zukünftigen Mitgliedstaaten weniger verbreitet sind, gestiegen. Die EU hat 2000 eine Reform verabschiedet, in der alle Aspekte der Lebensmittelsicherheit durch die gesamte Nahrungskette – von Hygienebestimmungen bis hin zu den zugehörigen Gesundheitsauflagen für Tiere und Anlagen



– zusammengefasst werden. Ziel dieser Reform ist es, ein hohes öffentliches Gesundheits- und Verbraucherschutzniveau innerhalb der erweiterten EU sicherzustellen.

Die zukünftigen Mitgliedstaaten haben der Übernahme sämtlicher Lebensmittelsicherheitsvorschriften sowie der Einrichtung entsprechender Kontrollmechanismen zugestimmt. In den Beitrittsverhandlungen wurden keine Befreiungen genehmigt. Lebensmittel, die die EU-Vorschriften nicht in ihrer Gesamtheit erfüllen, dürfen nicht in den anderen Mitgliedstaaten vermarktet werden. Damit soll erreicht werden, dass die EU-Erweiterung nicht in irgendeiner Weise zur Verringerung der derzeitigen Lebensmittelsicherheitsniveaus führt.

Durch die Erweiterung wird ein gemeinsames Regelwerk auf die neuen Mitglieder ausgedehnt und dadurch das Gesamtsicherheitsniveau angehoben. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die neuen EU-Grenzen einen effektiven Schutz gegen Gesundheitsgefahren für die Öffentlichkeit sowie für Pflanzen und Tiere in der erweiterten EU bieten. Jedoch stellt die Umsetzung dieser Vorschriften eine anspruchsvolle und schwierige Aufgabe für die zukünftigen Mitgliedstaaten dar. Die EU leistet finanzielle Hilfe, und die Kommission überwacht die Situation hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit, um die ordnungsgemäße Anwendung der Vorschriften zu überprüfen.

### ***Schlussfolgerung***

In vielen für die Bürger wichtigen Bereichen bietet die Erweiterung der EU die Möglichkeit, bessere Sicherheitsstandards bereitzustellen. Die Erweiterung:

- stärkt die EU in ihrer Fähigkeit, Kriminalität und illegale Einwanderung zu bekämpfen, indem eine bessere Zusammenarbeit und Eindämmung dieser Probleme in den zukünftigen Mitgliedstaaten sichergestellt wird
- führt zur Anhebung der Umweltstandards in den zukünftigen Mitgliedstaaten, einschließlich der nuklearen Sicherheit, mit positiven Vorteilen für ihre Bürger sowie für die EU insgesamt
- dehnt die EU-Vorschriften für Lebensmittelsicherheit auf diese Länder aus.

Jedoch müssen diese Vorteile verstärkt und abgesichert werden durch:

- einen großen Schritt nach vorne in Richtung der Schaffung einer Freiheits-, Justiz- und Sicherheitszone innerhalb der EU, einschließlich einer Reform des Entscheidungsfindungssystems
- engere Zusammenarbeit und verbessertes Handeln seitens der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität sowie zur Eindämmung der Zuwanderung
- Berücksichtigung von Umweltfragen in anderen Politikbereichen
- effektive Überwachung der Implementierung der EU-Vorschriften in den derzeitigen und zukünftigen Mitgliedstaaten.

## **Kapitel 5**

### **EUROPA IN DER WELT**

Trotz des wirtschaftlichen Gewichts der EU bleibt ihr politischer Einfluss in der Weltpolitik weiterhin gering. Die Notwendigkeit, ihre wirtschaftliche Stärke durch politische Macht zu ergänzen, ist einer der Hauptgründe für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die Erweiterung bietet der EU die Gelegenheit, dies zu verwirklichen.

Die EU muss darüber hinaus ihre Beziehungen zu den Nachbarländern ausbauen, da sich ihre Grenzen nach Osten verschieben, so dass sich Stabilität und Wohlstand auf die umliegenden Länder ausdehnen.

#### ***Außen- und Sicherheitspolitik***

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU wurde 1993 als zweite Ecksäule der Europäischen Union formuliert. Ihre Ziele beinhalten den Schutz von allgemeinen Werten, fundamentalen Interessen, Unabhängigkeit und Integrität der Union in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Dies umfasst: Stärkung der Sicherheit der Union, Wahrung des Friedens und Stärkung der internationalen Sicherheit, Förderung der internationalen Zusammenarbeit, Ausbau und Konsolidierung der Demokratie und des Rechtsstaatsprinzips sowie Achtung der Menschen- und Grundrechte. Seitdem haben verschiedene wichtige Entwicklungen stattgefunden. Eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik musste innerhalb des Gesamtrahmens festgelegt werden, und 2001 erklärte sich die EU dazu in der Lage, Krisenmanagementoperationen durchzuführen.

Die Mitgliedstaaten haben ihre Souveränität auf diesem Gebiet jedoch noch nicht zusammengeführt. Die Außen- und Sicherheitspolitik ist weder ein ausschließlicher EU-Zuständigkeitsbereich noch ein Bereich mit gemischten Zuständigkeiten der EU-Mitgliedstaaten, sondern liegt weiterhin in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Zwar stimmen sie ihre Politik auf EU-Ebene enger miteinander ab und versuchen, gemeinsame Strategien zu entwickeln, gemeinsame Standpunkte zu erreichen und gemeinsame Maßnahmen bei weitreichenden Problemen zu ergreifen. Jedoch gibt es unter den derzeitigen Mitgliedstaaten Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die mittel- und langfristigen politischen Ziele der

Außen- und Verteidigungspolitik. Es bestehen weiterhin Differenzen hinsichtlich des Umfangs der zu übernehmenden Aufgaben als auch über deren geographisches Ausmaß.

Die Bedrohungswahrnehmung und die Sicherheitsinteressen der zukünftigen Mitgliedstaaten unterscheiden sich von denjenigen der bisherigen Mitgliedstaaten, von denen die meisten NATO-Mitglieder sind, während andere – geleitet von einer Tradition der Nichtanpassung - außen vor geblieben sind. In den mittel- und osteuropäischen Staaten beeinflusst die Erfahrung in Verbindung mit der sowjetischen Vorherrschaft ihre Wahrnehmung in Sicherheitsangelegenheiten. Nach dem Ende des Warschauer Paktes wandten sie sich aus Sicherheitsgründen dem Atlantischen Bündnis sowie der EU zu, und 1993 traten drei von ihnen (Polen, Ungarn, Tschechische Republik) der NATO bei, während die anderen wahrscheinlich 2004 beitreten werden.

Obwohl die EU die Grundlagen für eine Außen- und Sicherheitspolitik gelegt hat, waren ihre Ergebnisse eher bescheiden. Die Schwäche der EU zeigte sich in Bosnien und im Kosovo, wo sie den Konflikt nicht verhindern konnte und zu spät kam, um die Kriegsparteien dazu zu bewegen, sich auf einen dauerhaften Frieden zu einigen. Die Unzulänglichkeit der EU wurde in der internationalen Krise um den Irak, in der die EU-Mitglieder tief und öffentlich gespalten waren, noch schonungsloser offenbart. In dieser außenpolitischen Schlüsselfrage war die EU als solche nicht existent, obwohl einzelne Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle übernahmen. Das Versäumnis, das Problem innerhalb des institutionellen außen- und sicherheitspolitischen Rahmens der EU umfassend zu beraten, war symptomatisch für den mangelnden politischen Willen der Mitgliedstaaten, sich auf einen europäischen Standpunkt zu einigen. Den zukünftigen mittel- und osteuropäischen Staaten kann nicht die Schuld für diese Situation in die Schuhe geschoben werden.

### ***Internationale Wirtschaftsbeziehungen***

Mit einer Bevölkerung von 375 Millionen und einem Bruttoinlandsprodukt von mehr als 8.000 Milliarden Euro ist die EU ein führender globaler Akteur. Sie macht mehr als ein Fünftel des Welthandels aus. Die EU ist der weltweit führende Exporteur von Waren und Dienstleistungen und eine wichtige Quelle ausländischer Direktinvestitionen sowie der Hauptexportmarkt für mehr als 130 Länder auf der Welt. Sie besitzt den größten integrierten Markt in der Weltwirtschaft und die in der Welt an zweiter Stelle stehende Reservewährung. Da

Handelsbeziehungen in den Zuständigkeitsbereich der EU fallen, verhandelt die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten über die meisten Handelsfragen in der Welthandelsorganisation sowie in interregionalen und bilateralen Handelsverhandlungen.

Die der EU-Handelspolitik zugrunde liegenden Prinzipien sind ihr Beitrag zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, die stufenweise Abschaffung von Beschränkungen des internationalen Handels sowie der Abbau von Zollschranken. Ihre Strategie besteht darin, den EU-Markt für den Großteil des internationalen Handels zu öffnen, ausschließlich u. a. Landwirtschaft, während andere das Gleiche tun. Der Wert der Exporte aus Entwicklungsländern in die EU ist ständig angestiegen (52 % in 2002), und die EU ist der größte Importeur von Waren aus den 49 besonders unterentwickelten Entwicklungsländern. Die EU hat ein Netz aus institutionalisierten multilateralen, interregionalen und bilateralen Handelsbeziehungen aufgebaut, in das fast jedes Land der Welt einbezogen ist.

Die Grundlage für die Entwicklungspolitik der EU bilden Handels- und Hilfsabkommen sowie Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und 71 Ländern in Afrika, in der Karibik und im Pazifik. Die EU war außerdem ein wichtiger Geber internationaler Entwicklungshilfe, die von Nahrungsmittelhilfe über technische Unterstützung bis hin zu finanziellen Spenden reicht.

Durch die Erweiterung wird die EU-Bevölkerung auf 450 Millionen Menschen anwachsen und ihr wirtschaftliches Gewicht hinsichtlich Bruttoinlandsprodukt und Handel zunehmen. Die EU wird zum größten Wirtschaftsblock der Welt mit dem größten Binnenmarkt werden und somit die USA überholen. Dies sollte der EU größeren Einfluss in globalen Wirtschaftsverhandlungen verleihen, die von Handelsverhandlungen, internationalen Währungs- und Finanzreformen und dem G8-Prozess bis hin zu regionalen Wirtschaftsfragen reichen. Alle neuen Mitgliedstaaten gehören der Welthandelsorganisation und führenden internationalen Finanzinstitutionen an. Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakische Republik sind Mitglied der OECD. Deren Mitgliedschaft in internationalen Institutionen wird es der EU gestatten, in wirtschafts-, finanz- und außenpolitischen Fragen mit stärkerer Stimme zu sprechen.

Darüber hinaus werden der schnelle Übergang der zukünftigen Mitgliedstaaten zu einer Marktwirtschaft und deren Erfahrung in Bezug auf die internationale wirtschaftliche Integration der EU wertvolle Einblicke im Umgang mit den Entwicklungsländern liefern.

## *Nachbarschaftspolitik*

Mit der nächsten Erweiterung werden sich die Außengrenzen der EU um mehr als 500 km nach Osten verschieben. Die EU wird eine neue Grenze mit fünf Staaten (Kroatien, Serbien, Rumänien, Ukraine, Weißrussland) aufweisen, ihre Grenze mit Russland ausdehnen, von dem es einen Teil (Kaliningrad) umschließen wird, und sie wird eine neue Präsenz im östlichen Mittelmeerraum (Zypern) sowie im südlichen Mittelmeerraum (Malta) besitzen.

Alle benachbarten Länder auf dem Balkan und im osteuropäischen Raum verzeichnen eine geringere wirtschaftliche Entwicklung – geringer als die neuen Mitglieder, die der EU 2004 beitreten – und viele dieser Länder sind noch nicht in Demokratie, politischer Stabilität und Marktwirtschaft verankert. Da die erweiterte EU an die Grenzen dieser Länder stößt, entstehen bereits Probleme, weil die neuen Mitglieder in ihren Vorbereitungen für den Beitritt in die EU-Zone mit freiem Waren- und Personenverkehr effektive Grenzkontrollen einrichten müssen. Es besteht das Risiko, dass weiter im Osten und Süden Europas ein neuer „Vorhang“ zwischen reichen und armen Ländern entsteht.

Die Beziehungen zu den „neuen Nachbarn“ werden mit der Erweiterung der EU zu einem bedeutenden Problem anwachsen. Die EU muss eine Nachbarschaftspolitik entwickeln, die Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit auf die umliegenden Länder ausdehnt, um einen „Ring“ der Stabilität und Sicherheit zu schaffen.

Die EU hat bereits eine Reihe von Instrumenten für ihre Nachbarschaftspolitik entwickelt, darunter den europäischen Wirtschaftsraum, Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen sowie Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Diese Modelle sollten in einer Art und Weise weiterentwickelt werden, die Wohlstand, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit auf der Grundlage der gemeinsamen Werte fördert. Für konkrete Fortschritte bei politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Reformen könnten sie einen besseren Zugang zum EU-Binnenmarkt mit weiterer Integration und Liberalisierung zur Förderung des freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs erhalten. Zu weiteren Bereichen der Zusammenarbeit könnten gehören: verstärkte Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Sicherheitsbedrohungen, Beteiligung an Konfliktprävention, Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsnetze und europäische Forschung.

Die EU-Hilfe für diese Länder sollte mit denen anderer internationaler Organisationen abgestimmt werden und eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit ermöglichen.

Die positiven Ergebnisse der derzeitigen Erweiterungsrunde zeigen, dass durch die Erweiterung der EU Stabilität und Sicherheit auf sehr effektive Weise hergestellt werden können. Die Aussicht auf den EU-Beitritt – durch die „Konditionalität“ der Beitrittskriterien – war in Mittel- und Osteuropa ein extrem erfolgreicher Antriebsfaktor für politische und wirtschaftliche Reformen. Jedoch kann dieser Prozess nicht auf unbestimmte Zeit verlängert werden. Die EU kann nicht einfach jedes beitriftswillige Land nach der Logik aufnehmen, dass Erweiterung Frieden und Wohlstand mit sich bringt. Diese Logik steht letztlich im Widerspruch zur Logik des Zusammenhalts.

Die Frage einer zukünftigen EU-Erweiterung muss daher im Rahmen einer breiteren „Nachbarschaftspolitik“ (oder „Politik der Nähe“) der erweiterten EU betrachtet werden. Sie sollte:

- auf einer zufrieden stellenden Vorbereitung des Beitritts durch jene Länder, die der EU in den kommenden Jahren beitreten möchten, bestehen;
- ihre partnerschaftlichen Beziehungen mit allen Nachbarländern ausbauen, unabhängig davon, ob diese der EU beitreten werden oder nicht.

Der Erweiterungsprozess mit Bulgarien, Rumänien und der Türkei wird weitergehen. Die EU hat diesen Prozess als unwiderruflich erklärt, und alle drei Staaten haben Maßnahmen in Vorbereitung ihres Beitritts in Angriff genommen. Bulgarien (8 Millionen Bevölkerung) hat bessere Fortschritte bei seinen Wirtschaftsreformen erzielt als Rumänien (23 Millionen). Beide hoffen, der EU 2007 beizutreten, einem Ziel, dem die EU unter der Voraussetzung zugestimmt hat, dass sie die geforderten Kriterien erfüllen. Die EU hat die finanzielle Unterstützung dieser Länder bei den Beitrittsvorbereitungen erhöht. Die Türkei (65 Millionen) stellt schwierigere Probleme dar, da sie die politischen Beitrittskriterien, einschließlich der Menschenrechte und des Schutzes von Minderheiten, noch nicht erfüllt.

Die fünf Länder des westlichen Balkans (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen) liegen hinter den mittel- und osteuropäischen Ländern weit zurück. Obwohl ihre individuellen Situationen sich voneinander unterscheiden, versuchen die meisten von ihnen weiterhin, die

Grundinstitutionen der Demokratie einzurichten, die für ein Funktionieren als normaler Staat notwendig sind. Einige befinden sich nach den Kriegen, die dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens folgten, noch immer unter der Überwachung der internationalen Gemeinschaft. Die EU muss eine bessere Strategie für deren Entwicklung definieren. Im Gegenzug für die Bestätigung ihrer Beitrittsaussicht sollten sie sich - als erster Meilenstein auf ihrem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft - einem von der EU zu überwachenden binnenwirtschaftlichen Reformprogramm anschließen. Von der Zusage eines Beitrittstermins kann nicht die Rede sein, da dies von ihren Bemühungen abhängen muss, normal als Staat zu funktionieren, den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess fortzusetzen und die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen. Die „Konditionalität“ der EU-Mitgliedschaft sollte genutzt werden, um Stabilität und Wohlstand zu fördern. Die Kosten wären verglichen mit den Risiken gering, wenn in dieser Region erneut ein Konflikt ausbrechen würde.

Eine Nachbarschaftspolitik dieser Art erfordert die volle Beteiligung der zukünftigen Mitglieder. Die Interaktion der EU-25 mit ihren zukünftigen Nachbarn wird in weitem Maße von den neuen Ländern abhängen, die ihre Nachbarn besser kennen, als dies die bisherigen Mitglieder tun. Durch die Kenntnis ihrer Nachbarn, einschließlich der Kenntnis ihrer Sprachen, werden sie wertvolle Erfahrungen in politischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Hinsicht in die EU einbringen. Dies gilt beispielsweise für ihre Erfahrungen mit Russland, dem größten Nachbar der EU, mit dem die EU infolge der Erweiterung engere politische und wirtschaftliche Verbindungen entwickeln muss.

Werden die neuen Mitglieder einer fortgesetzten Expansion der EU wohlwollend gegenüberstehen? Sie werden sicherlich daran interessiert sein, Stabilität und Wohlstand auf ihre Nachbarn auszudehnen und die EU-Außengrenzen stufenweise weiter nach außen zu verschieben, sofern dies möglich ist. Jedoch werden sie möglicherweise nicht wünschen, dass der finanziellen Hilfe ihrer Nachbarn Priorität gegeben wird, solange sie selbst einen großen Bedarf an Hilfe aus EU-Fonds besitzen. Das Risiko, dass die ersten Jahre der Integration der neuen Länder in die EU zu einer „Erweiterungsmüdigkeit“ führt, macht es noch wünschenswerter, den richtigen Ansatz für eine zukünftige Erweiterung im Rahmen einer Nachbarschaftspolitik für die EU-25 zu definieren.



## ***Schlussfolgerung***

Die EU ist bereits ein führender Akteur im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, und mit der Erweiterung auf 25 Mitglieder wird ihr Einfluss zunehmen. In der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik konnte die EU einige Fortschritte hinsichtlich der Ausarbeitung gemeinsamer Maßnahmen erreichen, jedoch trat die EU bei einem aktuellen außenpolitischen Schlüsselproblem der Außenpolitik – Irak – nicht hervor.

Europa ist wirtschaftlich stark, aber politisch schwach. Mit der Aussicht auf die Erweiterung:

- sollten wir dringend über die Notwendigkeit nachdenken, wieder eine echte gemeinsame Außenpolitik aufzubauen – mit der Intention, mit einer einzigen Stimme zu sprechen.
- sollte die „Konvention über die Zukunft Europas“ zu einer Verbesserung der Repräsentation der EU nach außen hin führen.

Die Erweiterung ist in der Tat der erfolgreichste außenpolitische Akt der EU, und mit der Ausdehnung werden die Beziehungen der EU zu ihren neuen Nachbarn von Bedeutung sein.

Die EU sollte:

- bessere Formen der Partnerschaft mit umliegenden Ländern entwickeln, unabhängig davon, ob sie der EU beitreten werden oder nicht
- den Erweiterungsprozess mit Bulgarien, Rumänien und der Türkei fortführen und die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft als Katalysator für den Wandel in den Ländern des Westbalkans nutzen
- auf einer zufrieden stellenden Vorbereitung der Mitgliedschaft durch diese Länder, einschließlich der Erfüllung der politischen und sonstigen Kriterien der EU, bestehen.

## **Kapitel 6**

### **GEMEINSAMES HANDELN IN EUROPA**

Die Erweiterung wirft eine grundlegende Frage auf: wie können in einer Union mit so vielen Mitgliedern Entscheidungen getroffen und Richtlinien entwickelt werden?

Noch nie in ihrer Geschichte hat die EU so viele Länder gleichzeitig aufgenommen. Seit der ersten Erweiterung sind über einen Zeitraum von 30 Jahren neun neue Mitglieder hinzugekommen; jetzt sollen es zehn auf einen Schlag sein, und weitere werden folgen. Obwohl die Bevölkerung der Europäischen Union durch die nächste Erweiterungsrunde nur um ein Fünftel zunimmt, werden in den Institutionen zehn neue Länder vertreten sein.

Die Integration Europas schreitet zügig, gleichzeitig aber immer noch zu langsam voran. Angesichts der Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert ist – wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, innere Sicherheit, die Notwendigkeit einer weltpolitischen Rolle –, ist die Zusammenarbeit zu schwach und die Ergebnisse fallen oft mager aus. Die Europäische Union des Jahres 2003 unterscheidet sich jedoch bereits von der Union der 90er Jahre: So ist in Bereichen wie Justiz und Inneres eine teilweise Übertragung der nationalen Souveränität zu beobachten und auch in Fragen der Sicherheit und Verteidigung hat die Zusammenarbeit begonnen. Die EU ist auf dem Weg zu einer politischen Union. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass ihre demokratische Legitimation heute in Frage gestellt wird. Mit solchen Themen der Identität, Regierungsform und Legitimation befasst sich derzeit die Konvention über die Zukunft Europas.

Die Fragen im Zuge der Erweiterung gehen jedoch über Regierungsstrukturen oder Entscheidungsmechanismen hinaus. Die Einigung der Europäer auf gemeinsame Richtlinien setzt einen Konsens über die europäischen Interessen und einen Willen zur Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Handeln voraus. Dies berührt Fragen der Interessen und Identität auf europäischer und auf nationaler Ebene.

## ***Fragen der Identität***

Mit ihrer Erweiterung auf 25 und später noch mehr Mitglieder wird die EU ganz verschiedene Völker, Sprachen und Kulturen umfassen. Was bedeutet dies für die lokale und nationale Identität ihrer Bürger? Welche Art von europäischer Identität ist bei einer so ungleichen Staatengemeinschaft möglich? Wie können die Länder gemeinsam handeln? Wird die Identität kleinerer Länder von der EU oder ihren Nachbarn vereinnahmt werden?

Diese „existenziellen“ Probleme sind nicht auf die intellektuellen Eliten beschränkt. Sie stehen im Zentrum einiger grundsätzlicher Fragen, die normale Bürger im Zusammenhang mit der bevorstehenden EU-Erweiterung stellen. Nicht zuletzt treten sie in einer Zeit auf, in der sich die europäische Gesellschaft durch Mobilität und Migration, auch durch Einwanderer aus nicht europäischen Staaten, zu einer multikulturellen Gesellschaft entwickelt hat. In weiten Teilen Europas sucht man – unabhängig von der EU-Erweiterung – Antworten auf die Frage nach dem Umgang der Gesellschaft mit „Ausländern“ und „Fremden“: Assimilation, Integration oder Ausschluss.

Einige dieser Fragen werden durch die vergangene Erfahrung mit dem Prozess der wirtschaftlichen und politischen Integration in der EU beantwortet. Die nationalen und regionalen Identitäten sind nicht schwächer geworden; in einigen Mitgliedstaaten sind sie, begünstigt durch den breiteren europäischen Rahmen, sogar noch deutlicher hervorgetreten.

Die neuen Mitglieder möchten als ebenbürtige Partner behandelt werden. Sie werden in den Entscheidungsstrukturen der Union die gleichen Rechte wie andere Mitglieder haben – einen „Zweite-Klasse-Status“ für EU-Neulinge wird es nicht geben. Die Ängste, dass ihre nationale Souveränität – die in einigen Fällen erst vor kurzem wiedererlangt wurde – untergraben werden könnte, sind unbegründet: ihre Souveränität wird durch Einbettung in ein europäisches Rahmenwerk sogar noch stärker werden. Ihre Beziehungen zu den größeren Nachbarn in der EU werden auf die Grundlage des Rechts und nicht, wie dies in der Geschichte nur zu oft der Fall war, auf die Grundlage der Gewalt gestellt.

Der von der EU beschrittene Weg der Integration – die „Community Method“ (die das institutionelle Dreieck von Rat, Kommission und Parlament beschreibt) – ermöglicht eine harmonische Zusammenarbeit zwischen kleinen und großen Staaten. Es ist den EU-

Institutionen, die ursprünglich für eine Gemeinschaft aus drei größeren und drei kleineren Ländern konzipiert worden waren, erfolgreich gelungen, die Interessen verschieden großer Länder in Einklang zu bringen. Tatsächlich besteht der große Erfolg der „Community Method“ in der Bereitstellung eines Modells, das dafür sorgt, dass größere Staaten sich nicht über die Interessen kleinerer Mitglieder hinweg setzen, andererseits aber auch ihre eigenen Interessen wahren können.

Dieser Erfolg beruht auf einer ausgewogenen Vertretung innerhalb der Institutionen – so haben die kleineren Länder bei der Stimmen- und Sitzverteilung im Rat und Parlament in Relation zur Einwohnerzahl mehr Gewicht als die größeren Länder – und einem ausgewogenen Verhältnis zwischen den Institutionen. Hierzu zählt auch die einmalige Rolle der Kommission als Förderer europäischer Interessen, Ideen- und Vorlagengeber und Gesetzeshüter.

Bei der nächsten Erweiterung werden viele kleine Länder aufgenommen. Diese Veränderung erfordert sowohl von den großen als auch kleinen Staaten sehr viel Verständnis, um der Gefahr von Spannungen oder Konfrontationen vorzubeugen.

Die Akzeptanz der Verschiedenartigkeit ist eines der Grundprinzipien der europäischen Integration.

So haben sich die Initiativen der EU im kulturellen Bereich immer auf die Förderung der Vielfalt beschränkt. Nie gab es ein Projekt zur Entwicklung einer standardisierten „europäischen Kultur“. Ein gutes Beispiel für die Anerkennung der Verschiedenartigkeit und Multikulturalität ist der Umgang der EU mit ihren Sprachen. Die Amtssprachen der Gründungsmitglieder und aller neu hinzugekommenen Länder werden von den EU-Institutionen akzeptiert und geachtet. Die Dolmetsch- und Übersetzungskosten – für die derzeit elf Sprachen, zu denen die Sprachen aller neuen Mitglieder hinzukommen werden – werden als notwendig und wünschenswert für das Funktionieren eines demokratischen, zugänglichen und transparenten Systems erachtet.

Gleichzeitig stehen bei der europäischen Integration immer mehr gemeinsame Grundsätze und Werte im Mittelpunkt. Den Anstoß für diese Entwicklung gab die aktuelle Erweiterungsrunde, als die Regierungschefs der EU 1993 in Kopenhagen die „politischen“ Kriterien für eine Mitgliedschaft definierten: pluralistische Demokratie, Rechtsstaat, Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte. Auf dem Gipfeltreffen in Amsterdam 1997 wurde der Grundsatz der Demokratie in den Grundvertrag aufgenommen, und die Konvention über die Zukunft Europas

dürfte bei der Festlegung der Grundsätze und Werte der Europäischen Union noch einen großen Schritt weiter gehen.

Was lässt sich zu den Folgen des Beitritts der neuen Mitglieder für die Identität und Kultur innerhalb der EU sagen?

Ganz offensichtlich werden sie große Unterschiede in die Union mitbringen. Die Wahrnehmung dieser Unterschiede in Westeuropa wird jedoch in der Regel durch die Erfahrungen der Nachkriegszeit verzerrt, als die politische Teilung Europas eine künstliche Mauer zwischen Ost und West errichtete. In Wirklichkeit wird man beim Besuch der Hauptstädte mittel- und osteuropäischer Länder mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede entdecken. Diese Länder waren seit dem Mittelalter einem gemeinsamen Wechselspiel kultureller Einflüsse auf dem europäischen Festland ausgesetzt und gehörten verschiedenen Verwaltungs- und politischen Gruppen an, die in Europa mehrere Jahrhunderte lang Bestand hatten. Die Trennung durch den Eisernen Vorhang war nur eine vorübergehende Ausnahme.

Die neuen Mitglieder haben ein reiches kulturelles Erbe, das sie mit den anderen Europäern teilen können. In Bereichen wie Kunst, Architektur, Musik, Film und Literatur wird ihr Beitrag zur europäischen Kultur von den bestehenden EU-Mitgliedern allgemein anerkannt und gewürdigt.

Auch bei den Werten und Grundgedanken der EU möchten die neuen Mitglieder einbezogen werden und im vollen Umfang an der Entwicklung europäischer Richtlinien und einer politischen Identität mitwirken. Viele Jahre lang war „Europa“ für die Mittel- und Osteuropäer der Inbegriff für Freiheit und Werte, die sie wieder zu erlangen suchten. Als Länder, die nur zu oft von ihren größeren Nachbarn beherrscht wurden, wissen sie zudem den Vorteil zu schätzen, innerhalb eines kollektiven europäischen Rahmens zu wirken. Es stimmt, dass sich die breite wirtschaftliche Kluft zwischen ihnen und der EU als Handicap für eine volle Beteiligung an einigen europäischen Maßnahmen erweisen könnte. Doch auch wenn es diesen Ländern an wirtschaftlichen Mitteln fehlt, ist der politische Wille vorhanden.

Was können wir tun, um das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der erweiterten EU zu stärken und dabei gleichzeitig die Verschiedenartigkeit ihrer Völker zu achten? Diese Aufgabe wird viel Engagement und Mut der politischen Führer Europas erfordern. Ebenso notwendig ist eine gut

informierte, ausgewogene Berichterstattung in Presse und Medien, die bereit ist, sowohl die europäische Dimension als auch die nationalen Standpunkte zu verstehen und den europäischen Bürgern zu vermitteln. Welchen Beitrag kann die EU selbst leisten?

Da das wichtigste Mittel zur Entwicklung eines Europa-Gefühls ein besseres Verständnis zwischen den Völkern ist, sollten sich die EU und die einzelstaatlichen Regierungen verstärkt für die Begegnung zwischen Menschen verschiedener Teile der Gesellschaft aus den Ländern der erweiterten EU einsetzen. Die Bürger der derzeitigen EU wissen im Allgemeinen nur wenig über die neuen Mitglieder. Besonders junge Leute sollten motiviert werden, andere europäische Länder zu besuchen und dort zu studieren oder von der Berufserfahrung im Ausland zu profitieren. In diesem Zusammenhang ist ein Ausbau der europäischen Hochschulnetze erstrebenswert.

### ***Reform der EU-Institutionen***

Auch ohne Erweiterung ist eine institutionelle Reform der Union notwendig, um mehr Bürgernähe zu erreichen. Die Menschen erwarten von den europäischen Institutionen mehr Effizienz und demokratische Transparenz.

Die institutionelle Reform ist ebenfalls eine Schlüsselfrage, die durch die Erweiterung aufgeworfen wurde. Zusätzlich zu den drei „Kopenhagener Kriterien“ legte die EU 1993 ein viertes Beitrittskriterium fest: die Aufnahmefähigkeit der Union, ohne bei der europäischen Integration an Momentum zu verlieren. Dies setzte einen Prozess in Gange, der 2001 im Vertrag von Nizza mündete. Die in Nizza beschlossenen institutionellen Reformen stellten jedoch nur die „kleine Lösung“ dar: eine „arithmetische“ Korrektur der Stimmenwägung und Sitzanzahl in den EU-Institutionen statt einer fundamentalen Überprüfung des Systems. Fest steht, dass die Union die neuen Mitglieder bei der Vorbereitung auf ihre Mitgliedschaft zwar zu Höchstleistungen angestachelt, sich selbst im wichtigen Bereich der Institutionen und Verfassung bisher aber nur ungenügend vorbereitet hat.

Diese Erkenntnis führte 2002 zur Gründung der Konvention über die Zukunft Europas: eines neuen Experiments vonseiten der EU zur Prüfung ihrer Funktionsweise, das über die traditionelle zwischenstaatliche Methode hinaus geht und dem auch Vertreter der beitragswilligen Staaten angehören. Ausgehend von vier wichtigen Fragestellungen – Rolle der

nationalen Parlamente, Vereinfachung der Verträge, Grundrechte-Charta und Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten – hat die Konvention ihren Tätigkeitsbereich inzwischen auf den Entwurf einer neuen EU-Verfassung erweitert.

Es würde den Umfang dieses Berichts sprengen, die vielen Vorschläge und Empfehlungen zu nennen, die derzeit in der Konvention diskutiert werden und bereits der erweiterten EU Rechnung tragen. Die zukünftigen Mitgliedstaaten sind an der Konvention beteiligt und werden später zur Ratifizierung der dort verabschiedeten Ergebnisse aufgefordert. Dieser Bericht unterstreicht die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer erfolgreichen Vorbereitung auf die bevorstehende Erweiterung durch klare Empfehlungen der Konvention, die Beschlüsse der sich anschließenden Regierungskonferenz und eine schnelle Ratifizierung durch alle Mitglieder der erweiterten EU.

Wir benötigen dringend eine europäische Verfassung mit besseren Entscheidungsprozessen und stärkerer demokratischer Legitimation, die für mehr Effizienz und Bürgernähe sorgt. Zu den wichtigen anstehenden Reformen gehören:

- Ausweitung der Mehrheitsabstimmung im Rat, um die zukünftige Entwicklung von EU-Maßnahmen zu ermöglichen;
- Stärkung der „Community Method“ und Wahrung des institutionellen Gleichgewichts.

Die Konvention kann nicht alle für die Erweiterung notwendigen Vorbereitungen treffen. Ihre Aufgabe besteht nicht darin, die Richtlinien der vergrößerten Union zu reformieren, sondern ihre Organisation, Verfahren und Verfassung zu verbessern. Sie soll die Entscheidungs- und Handlungsstruktur der EU neu definieren, jedoch nicht vorschreiben, wie diese Handlungen und Entscheidungen konkret aussehen sollen. Eine zufrieden stellende Antwort auf die Frage des „Wie“ – auf die institutionellen und verfassungsrechtlichen Probleme der europäischen Regierung – ist wesentlich für den Erfolg der kommenden Erweiterung.

### ***Bessere Richtlinienumsetzung***

Eine weitere Herausforderung besteht darin sicherzustellen, dass die europäischen Vorschriften und Richtlinien in der erweiterten EU richtig implementiert werden.

Für die Bewerberstaaten war die wirksame Anwendung der EU-Vorschriften ein zentrales Thema bei der Vorbereitung auf ihren Beitritt: tatsächlich bestand darin die wichtigste „Aufnahmeprüfung“ für ihre Mitgliedschaft. Die EU hat wiederholt auf die Fähigkeit einer

nachweislichen Umsetzbarkeit ihres Rechtsbestands („*Acquis*“ der Union) als Grundbedingung für einen Beitritt hingewiesen. Bei den bisherigen Erweiterungen hat sich die Frage nach dem Vorhandensein einer geeigneten Verwaltungsstruktur nicht gestellt. Bei den mittel- und osteuropäischen Bewerberländern, deren öffentliche Verwaltung in der Zeit des Kommunismus geschwächt wurde, gibt dieser Punkt jedoch Anlass zur Besorgnis, da das EU-System, insbesondere der grenzenlose Binnenmarkt, nur dann funktioniert, wenn zwischen den Mitgliedstaaten gegenseitiges Vertrauen herrscht.

Es besteht noch großer Handlungsbedarf zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltungsstrukturen, damit die neuen Mitglieder die europäischen Vorschriften und Normen fair und wirksam umsetzen können. Seit 1997 überwacht die Kommission den Fortschritt auf diesem Gebiet und veröffentlicht jedes Jahr Berichte, in denen verbesserungsbedürftige Bereiche hervorgehoben werden. Die EU hat finanzielle Unterstützung zur Verbesserung der neuen Verwaltungs- und Rechtssysteme gewährt. Diese belief sich 2002 auf rund 1 Milliarde Euro, und auch nach dem Beitritt werden den neuen Mitgliedern Sonderbeihilfen zur Verfügung stehen. Viele Probleme der zukünftigen Mitglieder sind nach wie vor ungelöst, darunter die Notwendigkeit qualifizierter (und angemessen bezahlter) Beamter, die Reform des Justizwesens, um eine wirksame Inanspruchnahme der Gerichte zu ermöglichen, sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption.

Für die Altmitglieder stellt sich ebenfalls die Frage nach der Umsetzung, wenn auch aus anderen Gründen. Da die gesetzgebende Aktivität der EU in vielen Feldern abnimmt und die EU-Richtlinien erfolgreich auf andere Bereiche, wie zum Beispiel den Umweltschutz, ausgeweitet wurden, hat sich das Zentrum der Aufmerksamkeit von der Verabschiedung von Gesetzen auf deren Anwendung verlagert.

Die Regierungen der derzeitigen Mitglieder müssen an einer besseren Umsetzung des EU-Rechts arbeiten. Eine verspätete oder schlechte Umsetzung der EU-Vorgaben in nationale Gesetze und schwache Durchsetzung der EU-Vorschriften tragen zum öffentlichen Eindruck einer Union bei, die nicht hält, was sie verspricht. Einem Bericht der Kommission zufolge wurden von 83 Richtlinien, die der Rat in Bezug auf den Binnenmarkt verabschiedet hat und die bis 2000 umgesetzt werden sollten, nur 5 in allen Mitgliedstaaten wirksam in nationales Recht überführt. Auch die Korruption ist ein Problem, das die gegenwärtigen Mitgliedstaaten betrifft.



Umfragen deuten sogar darauf hin, dass die Situation in einigen Mitgliedstaaten (Griechenland, Italien) schlechter als in manchen Bewerberländern aussieht<sup>11</sup>.

### ***Schlussfolgerung***

Ein gemeinsames Handeln Europas erfordert das Bemühen aller Europäer, einander besser zu verstehen, gemeinsame Interessen festzustellen und die Befürchtung auszuräumen, dass eine größere Union einen Identitätsverlust bedeuten könnte.

Aus der Erweiterung ergibt sich die Notwendigkeit und die Chance, das Regierungssystem der EU zu modernisieren. Die EU ist gefangen zwischen den Herausforderungen der schnelllebigen internationalen Realität und dem Bedarf nach besseren Regierungsstrukturen und einer Stärkung der demokratischen Legitimation. Das Herstellen einer Verbindung zwischen diesen Herausforderungen und der Notwendigkeit einer institutionellen Reform kann den Durchbruch bedeuten, den eine echte politische Union benötigt.

Aus diesem Grund brauchen wir:

- einen klaren, nachvollziehbaren Verfassungstext von der Konvention über die Zukunft Europas. Ihre Reformen müssen die Erweiterung der Mehrheitsabstimmung, eine Stärkung der „Community Method“ und die Wahrung des institutionellen Gleichgewichts beinhalten.
- bessere Umsetzung des EU-Rechtsbestands durch Neu- ebenso wie Altmitglieder.
- intensive Förderung des Verständnisses zwischen den Bürgern, einschließlich der Begegnung untereinander, Arbeits- und Studienaufenthalte junger Menschen in anderen EU-Ländern und Stärkung der europäischen Hochschulnetze.

---

<sup>11</sup> Transparency International, 2003

## ANHÄNGE

Karte von Europa

Tabellen

1. Grundlegende Daten über die EU und die künftigen Mitgliedstaaten
2. Akzeptanz der Erweiterung in den EU-Mitgliedstaaten
3. Akzeptanz des Beitritts in künftigen Mitgliedstaaten
4. EU-Handel mit Mittel- und Osteuropa
5. Wirtschaftswachstum in der EU und in den künftigen Mitgliedstaaten
6. EU-Ausgaben für die Erweiterung: Heranführung
7. EU-Ausgaben für die Erweiterung: nach dem Beitritt

Veranstaltungen und Teilnehmer

1. Workshops am European University Institute
2. Konsultationen mit Nichtregierungsorganisationen
3. Besuche in künftigen Mitgliedstaaten

Bibliographie

- MEMBER STATES**
- STATES ACCEDING ON 1 MAY 2004**
- OTHER APPLICANT STATES**



**Tabelle 1**

**GRUNDLEGENDE DATEN ÜBER DIE EU UND DIE KÜNFTIGEN  
MITGLIEDSTAATEN**

	Fläche km <sup>2</sup>	Bevölkerung Millionen	Bruttoinlandsprodukt			
			Milliarden		pro Kopf in	
			Euro	KKS	Euro	KKS
Zypern	9251	0,762	10,2	12,5	15100	18500
Tschechische Republik	78866	10,2	63,3	136,2	6200	13300
Estland	45227	1,4	6,2	13,4	4500	9800
Ungarn	93030	10,2	58,0	120,6	5700	11900
Lettland	64589	2,4	8,5	18,2	3600	7700
Litauen	65300	3,5	13,4	30,5	3800	8700
Malta	316	0,394	4,0	–	10300	–
Polen	312685	38,6	196,7	355,9	5100	9200
Slowakische Republik	49035	5,4	22,8	59,5	4200	11100
Slowenien	20273	2,0	20,9	31,8	10500	16000
EU-15	3237900	376,4	8828,9	8828,9	23200	23200

Anmerkungen: Bruttoinlandsprodukt (2001) wird in Euro und KKS (Kaufkraftstandards) ausgedrückt.

*Quelle:* Europäische Kommission

**Tabelle 2**

**AKZEPTANZ DER ERWEITERUNG IN DEN EU-MITGLIEDSTAATEN**

**Antworten auf die Frage:**

*Sind Sie persönlich vollkommen für, eher für, eher gegen oder vollkommen gegen die Erweiterung der Europäischen Union?*

**Ergebnisse in Prozent der Befragten**

	1+2	3+4	1	2	3	4	5	6
	Dafür	Dagegen	Vollkommen dafür	Eher dafür	Eher dagegen	Vollkommen dagegen	Vom Land abhängig	Keine Antwort
Italien	82	12	44	38	8	4	4	2
Irland	79	15	36	43	10	5	1	6
Spanien	73	8	16	57	5	3	2	17
Belgien	72	18	23	49	12	6	3	7
Dänemark	67	21	23	44	12	9	3	8
Frankreich	66	27	12	53	18	9	4	3
<b>EU-15 (Durchsch.)</b>	<b>66</b>	<b>21</b>	<b>20</b>	<b>46</b>	<b>14</b>	<b>8</b>	<b>3</b>	<b>9</b>
Niederlande	66	25	23	43	17	8	2	7
Griechenland	66	10	30	37	6	4	9	14
Luxemburg	64	23	30	34	14	8	8	6
Deutschland	64	27	14	50	20	8	2	6
Portugal	62	14	6	56	12	2	2	22
Österreich	59	32	21	38	24	8	5	5
Vereinigtes Königreich	54	26	16	38	14	13	2	18
Schweden	52	28	23	29	15	13	1	20
Finnland	51	27	14	37	18	10	4	18

*Quelle:* Eurobarometer (November 2002)

**Tabelle 3**

**AKZEPTANZ DES BEITRITTS IN KÜNFTIGEN MITGLIEDSTAATEN**

**Antworten auf die Fragen:**

*Sind Sie der Ansicht, dass eine EU-Mitgliedschaft Ihres Landes eine „gute Sache“ oder „eine schlechte Sache“ wäre?*

*Wenn morgen ein Referendum über die Frage der EU-Mitgliedschaft Ihres Landes stattfände, würden Sie persönlich dafür oder dagegen stimmen?*

**Ergebnisse in Prozent der Befragten**

	<b>Mitgliedschaft wäre eine „gute Sache“</b>	<b>Würde für Mitgliedschaft stimmen</b>
Ungarn	67	77
Slowakische Republik	58	69
Polen	52	61
<b>Durchschnitt der 10 Länder</b>	<b>52</b>	<b>61</b>
Litauen	48	53
Zypern	47	58
Malta	45	47
Slowenien	43	62
Tschechische Republik	43	50
Lettland	35	45
Estland	32	39

*Quelle:* Eurobarometer (November 2002)

**Tabelle 4**

**EU-HANDEL MIT MITTEL- UND OSTEUROPA**

**(Milliarden Euro)**

	<i>Importe</i>	<i>Exporte</i>	<i>Saldo</i>
1995	44,4	53,2	+ 8,8
1996	47,2	63,8	+ 16,6
1997	56,9	78,7	+ 21,8
1998	67,9	90,5	+ 22,6
1999	75,8	93,2	+ 17,4
2000	97,5	114,7	+ 17,2
Insgesamt	389,7	494,1	+ 104,4

Zehn Länder aus Mittel- und Osteuropa, einschließlich Bulgarien und Rumänien  
*Quelle:* Europäische Kommission

**Tabelle 5**

**WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN DER EU UND IN DEN KÜNFTIGEN  
MITGLIEDSTAATEN**

**Prozentuale Veränderung des BIP im Vergleich zu den Vorjahren**

	1999	2000	2001
Zypern	4,6	5,1	4,0
Tschechische Republik	0,5	3,3	3,3
Estland	-0,6	7,1	5,0
Ungarn	4,2	5,2	3,8
Lettland	2,8	6,8	7,7
Litauen	-3,9	3,8	5,9
Malta	4,1	5,5	-0,8
Polen	4,1	4,0	1,1
Slowakische Republik	1,3	2,2	3,3
Slowenien	5,2	4,6	3,0
EU-15	2,8	3,4	1,5

Auf der Grundlage des BIP bei konstantem Preisniveau in nationaler Währung.

*Quelle:* Europäische Kommission (Dezember 2002)



**Tabelle 6****EU-AUSGABEN FÜR DIE ERWEITERUNG: HERANFÜHRUNG****Heranführungsausgaben (in Millionen Euro zum Preisniveau 2000)**

	1990-1999	2000-2003
PHARE (Stärkung demokratischer Institutionen und der öffentlichen Verwaltungen)	6767,16	6240,00
ISPA (Verkehrs- und Umweltinfrastruktur)		4160,00
SAPARD (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung)		2800,00
Insgesamt	6767,16	13200,00
Jahresdurchschnitt	676,72	3300,00
Gesamtergebnis als Prozentanteil am EU-BIP von 1999	0,08	0,16
Jahresdurchschnitt als Prozentanteil am EU-BIP von 1999	0,008	0,04

Anmerkungen: Die Ausgaben von 1990-1999 basieren auf tatsächlichen Zahlungen, diejenigen nach 1999 auf Verbindlichkeiten.  
Zehn Länder aus Mittel- und Osteuropa (einschließlich Bulgarien und Rumänien) ohne Zypern, Malta und die Türkei, die von einer getrennten Finanzierung der Heranführung profitieren.

*Quelle:* Europäische Kommission.

**Tabelle 7****EU-AUSGABEN FÜR DIE ERWEITERUNG: NACH DEM BEITRITT****(in Millionen Euro, Preisniveau von 1999)**

	2004-2006
Gemeinsame Agrarpolitik	4682
Ländliche Entwicklung	5110
Strukturelle Maßnahmen	21746
Innenpolitik	4256
davon:	
Bestehende Politiken	2642
Institutioneller Aufbau	380
Schengen-System	858
Nukleare Sicherheit	375
Verwaltung	1673
Spezielles Cash-Flow-System	2398
Befristete Ausgleichszahlungen	987
Gesamtverbindlichkeiten	40852

Anmerkungen: Verbindlichkeiten von 2004 bis 2006 gegenüber zehn Ländern, die 2004 beitreten (Zypern, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakische Republik, Malta).  
 „Strukturelle Maßnahmen“ umfassen 38 Millionen Euro für noch nicht zugewiesene technische Unterstützung.

*Quelle:* Europäische Kommission

## **Veranstaltungen und Teilnehmer**

### 1. *Workshops am European University Institute*

Folgende Personen nahmen an einer Reihe von „Workshops“ zur Erweiterung der EU unter der Leitung von Wim Kok am European University Institute in Florenz vom 9.-10. Januar, 8.-9. Februar und 18.-19. Februar 2003 teil (die Anzahl der von ihnen besuchten Veranstaltungen ist in Klammern angegeben).

*Die Verantwortung für den Abschlussbericht hat zwar vollständig der Leiter zu tragen, doch haben die Teilnehmer diese Workshops mit wertvollen Informationen, Ideen und Ratschlägen bereichert.*

Judy Batt - University of Birmingham (1)

Christoph Bertram - Research Institute of Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (2)

Walter Botschatzki - Vice-President of the German Employers' Federation (1)

Ian Clark - DG for Environment, European Commission (1)

Franklin Dehousse - Royal Institute for International Relations, Brussels (1)

Françoise De La Serre - Director of Research - Centre d'Etudes Internationales, Paris (1)

Fernando Fernandez - Universidad Europea de Madrid (1)

Heather Grabbe - Centre for European Reform, London (2)

Andras Inotai - Institute for World Economics, Budapest (2)

Athanassia Ioannou - General Secretariat for Greeks Abroad, Athens (1)

Alexander Italianer - DG for Economic and Financial Affairs, European Commission (1)

Josef Janning - Bertelsmann Foundation, Gütersloh, Germany (1)

Marjorie Jouen - Notre Europe, Paris (1)

Bengt O. Karlsson - Former Director, Ministry of Finance, Sweden (1)

Delia Meth-Cohn - Economist Corporate Network, Vienna (1)

Jacques Pelkmans - College of Europe, Bruges (1)

Wanda Rapaczynski - President of Agora, Warsaw (1)

Olli Rehn - Centre for European Studies, University of Helsinki (2)

Janusz Reiter - Centre for International Relations, Warsaw (1)

Mara Silina - European Environmental Bureau, Brussels (1)

Richard Sinnott - Institute for the Study of Social Change, University College, Dublin (1)

Michelle Sutton - DG for Justice and Home Affairs, European Commission (1)

John Vassallo - Director of European Affairs, GE Europe, Brussels (1)

Fritz Verzetnitsch - President of European Trade Union Confederation (1)

William Wallace - London School of Economics (2)

John Wyles - GPlus Europe, Brussels (1)

Alain Servantie - DG for Enlargement, European Commission, Brussels (3)  
Joost Klarenbeek - Ministry of Foreign Affairs, Den Haag (2)  
Dave van den Nieuwenhof - Ministry of Foreign Affairs, Den Haag (1)

Helen Wallace - Director, Robert Schuman Centre, European University Institute (3)  
Jan Zielonka - Professor, European University Institute (3)  
Rick Van Der Ploeg - Professor, European University Institute (2)  
Giuseppe Bertola - Professor, European University Institute (1)  
Michael Keating - Professor, European University Institute (1)  
Wojciech Sadurski - Professor, European University Institute (1)  
Anna Triandafyllidou - Project Director, European University Institute (1)  
Alina Mungiu-Pippidi - Fellow, European University Institute (1)  
Graham Avery - Fellow, Robert Schuman Centre, European University Institute (3)  
Wim Van Aken - Research Assistant, European University Institute (3)  
Will Phelan - Research Assistant, European University Institute (3)

## 2. *Konsultationen mit Nichtregierungsorganisationen*

Folgende Personen nahmen an einem Treffen unter der Leitung von Wim Kok am 6. März 2003 in Brüssel teil:

Association of European Chambers of Commerce and Industry - Eurochambres:  
Paul Skehan, Julie Hetsens

Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe - UNICE: Monique Julien  
European Round Table - ERT: Jean Martin

Confederation of the Food and Drink Industries of the EU - CIAA: Jean Martin

Banking Federation of the European Union: Nikolaus Boemke

Comité européen des Assurances - CEA: Susanne Czech

Federation of European Securities Exchanges - FESE: Paul Arlman

Association of European Airlines - AEA: Ulrich Schulte-Strathaus

Association of European Public Postal Operators - POSTEUROP: Johannes Martin Pouw

Federation of European Direct Marketing - FEDMA: Alistair Tempest

Fellowship of European Broadcasters - FEB: Ger de Ridder

European Consumers Organisation - BEUC: Willemien Bax

Conseil Européen des Professions Libérales - CEPLIS: Frédéric Destrebecq

Standing Committee of European Doctors - CPME: Engwirda Tiddens

European Trade Union Confederation - ETUC: Grigor Gradev

Confédération Européenne des Cadres - CEC: Michel Baudoux  
Comité des Organisations Professionnelles Aricoles de l'UE, Comité Général de la  
Coopération Agricole de l'UE - COPA/COGECA: Dimitri Barua  
European Environmental Bureau - EEB: John Hontelez  
Amnesty International, EU Association: Dick Oosting  
Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme, Association Européenne pour  
la Défense des Droits de l'Homme - FIDH-AE: Cécile Coyez  
Association of Voluntary Service Organisations - AVSO: Jana Hainsworth  
Caritas Europa: Marius Wanders, Jacqueline Tordoir  
Churches' Commission for Migrants in Europe - CCME: Arrien Kruyt  
Social Platform - Platform of European Social NGOs: Gordon Deuchars  
Coordination Committee of European Cooperative Associations - CCACE: Bruno Roelants  
Eurocities: Bilyana Raeva  
Church and Society Commission of the Conference of European Churches: Peter Pavlovic

### *3. Besuche in künftigen Mitgliedstaaten*

Wim Kok besuchte am 24. Februar 2003 Prag und hielt dort einen Vortrag im Rahmen einer Konferenz zur EU-Erweiterung, die vom Italienischen Kulturinstitut in Zusammenarbeit mit der Karlsuniversität und der Prague School of Economics organisiert wurde. Er traf sich mit tschechischen Politikern und Meinungsführern und stellte sich der Presse.

Am 25. Februar besuchte er Liberec, eine Stadt im ehemaligen Sudetengebiet der Tschechischen Republik nahe Polen und Deutschland, um an einem Europäischen Tag teilzunehmen, der von der Delegation der Europäischen Kommission organisiert wurde. Auf dem Programm standen unter anderem eine Diskussion am runden Tisch mit lokalen und regionalen Führungspersonen aus Polen, Deutschland und der Tschechischen Republik, eine Diskussion mit Studenten aus diesen Ländern und eine allgemeine öffentliche Debatte. Darüber hinaus stellte er sich der Presse.

Am 11. März besuchte er Budapest und hielt dort einen Vortrag vor der ungarischen Stiftung für Europastudien („Europa 2002“). Er traf sich mit tschechischen Politikern und anderen ungarischen Meinungsführern und stellte sich der Presse.

## Bibliographie

Die folgende Liste stellt eine Auswahl der Hauptveröffentlichungen dar, die bei der Erstellung des vorliegenden Berichts verwendet wurden. Diese umfasst auch Dokumente von Teilnehmern der Workshops, die am European University Institute stattfanden.

- Amato, G. and Batt, J., *The Long-Term Implications of EU Enlargement: The Nature of the New Border*, Florence, 1999.
- Anderson, M. and Apap, J., *Striking a Balance between Freedom, Security and Justice in an Enlarged European Union*, CEPS policy paper, Brussels, 2002.
- Arnaud, J-L., *Compte-rendu: Réunifier L'Europe*, Notre Europe, Groupement d'études et de recherches, Athenes, 1998.
- Arnaud, J-L., *Reuniting Europe or Europe's Quest for Identity/ies*, Research and Policy Unit, Notre Europe, Paris, 1999.
- Avery, G. and Cameron, F., *The Enlargement of the European Union*, Sheffield, 1998.
- Avery, G., 'Endgame for EU Enlargement', *Prospect*, July 2002, London.
- Avery, G., 'EU enlargement: The last Lap', *Unia and Polska*, 5, 2002.
- Barysch, K. and Grabbe, H., *Who's Ready for EU Enlargement?*, CER, London, 2002.
- Barysch, K., *Does Enlargement Matter for the EU Economy?*, CER, London, 2003.
- Barysch, K., et al., *New Designs For Europe*, CER, London, 2002.
- Bayar, A., *Cost and Benefits, An Economic Study for the Maltese Business Community*, s.l., 2003.
- Bertelsmann Foundation, *Bridging the Leadership Gap, A Strategy for Improving Political Leadership in the EU*, s.l., 2002.
- Boeri, T. and Brücker, H., *The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States*, Final Report, European Integration Consortium, Berlin, 2002.
- Boeri, T., Bertola, H., Brücker, F., Coricelli, J., Doldao, J., Fitzgerald, A., De La Fuente, P., Garibaldi, G., Hanson J., Jimeno, Portes, R., Saint-Paul G. and Spilimbergo, A., *Who's Afraid of the Big Enlargement? Economic and Social Implications of the European Union's Prospective Eastern Expansion*, CEPR Policy Paper, No. 7, London, 2002.
- Campos, N.F.C. and Coricelli, F., 'Growth in Transition: What We Know, What We Don't and What We Should', *Journal of Economic Literature*, Vol. XL (September 2002), pp. 793-836.
- Centraal Planbureau (CPB), *EU-Beleid na Uitbreiding, Marco-Economische Verkenningen 2002-2003*, Den Haag, 2002.
- Dehaene, J-L. and Krok-Pszkowska, A., *The political Dimension of EU Enlargement: Looking Towards Post-Accession*, Florence, 2001.
- Dehousse, F. and Coussens, W., 'The Enlargement of the European Union, Opportunities and Threats', *Studia Diplomatica*, Vol. LIV:(4), Brussels, 2001.
- Deutsche Bank, 'Runaway costs or willingness to reform—the Two Sides to Enlargement', *Deutsche Bank Research EU Enlargement Monitor: Central and Eastern Europe*, No.8, pp. 3-15, s.l., 2002.
- Di Nicola, A., *Trafficking in Immigrants: A European Perspective*, Colloquium on Cross-border Crime in Europe, Prague, 1999.
- Dunay, P. and Dehaene, J-L., *Boxes: Why CSFP and CEDSP do not matter that much to the EU Candidate Countries*, EUI policy paper, No 01/5, Florence, 2001.
- Edwards, G., *Europe's Security & Defence Policy and Enlargement: the Ghost at the Feast?*, EUI working Papers No. 2000/69, Florence, 2000.
- European Bank for Reconstruction and Development, *Transition Report 2000*, London, 2000.
- European Bank for Reconstruction and Development, *Transition Report 2001*, London, 2001.
- European Bank for Reconstruction and Development, *Transition Report 2002*, London, 2002.

European Commission, 'Agenda 2000: For a Stronger and Wider Union', *Bulletin of the European Union*, Supplement 5/97, Brussels, 2000.

European Commission, *Benefits of EU Accession for Cyprus*, Nicosia, 2003.

European Commission, *Candidate Countries Eurobarometer 2002*, Brussels, 2002.

European Commission, DG EcFin., *Enlargement Papers*, Brussels, 2001.

European Commission, DG Env., *Guide to the approximation of the European Union environmental legislation*, SEC (1997) 1608, Brussels, 1997.

European Commission, *Enlargement and Environment: Questions and Answers*, Brussels, 2002.

European Commission, *Investment Needs, Countries acceding in 2004*, s.l., s.d.

European Commission, *Towards an Enlarged Union*, Brussels, 2002.

European Cultural Foundation, *Policies for Culture*, Amsterdam, s.d.

European Environmental Bureau, 'Participatory Democracy, Essential for Sustainable Development', *EEB Newsletter Metamorphosis*, Brussels, Jan. 2003.

European Environmental Bureau, *Vienna Declaration on Rural Development in an Enlarged Europe*, Vienna, 1998.

European Environmental Bureau, *Will EU Enlargement Make Europe Sustainable?*, Budapest, 2001.

Fankhouser, S. and Lavric, L., *The Investment Climate for Climate Investment*, EBRD Working Paper, January 2003.

Friends of the Earth and European Environmental Bureau, *EU Accession and the Environment: an Introduction*, Brussels, 1998.

Gallup Europe, *Flash Eurobarometer 132/2 Enlargement of the European Union*, s.l., 2002.

Geremek, B., *Europe, United We Stand*, paper presented in The Hague 2003, s.l., 2003.

Gianella, C. and Vicard, V., *Revue d'Élargissement, Special Taux de Change*, Dossier No. 29, s.l., Jan. 2003.

Giuliani, J-D., *Pour L'Europe Réunie, plaidoyer pour l'Élargissement*, Fondation Robert Schuman, Paris, 2002.

Grabbe, H., *Profiting from EU enlargement*, CER, London, 2001.

Grabbe, H., *The Copenhagen Deal on Enlargement*, Briefing Note, CER, London, December 2002.

Grabbe, H., *The prospects for new members to join the euro*, CER, London, 2003.

Hager, W., *Enlargement, Paying for the Green acquis*, Brussels, 2002.

Hodess, R.(ed.), *Global Corruption Report 2003*, Transparency International, s.l., 2003.

Ilves, T.H., *The Grand Enlargement and the Great Wall of Europe*, Tallinn, 2003.

Inotai, A., *Gains for European Union from Eastern Enlargement*, Budapest, October 16, 2000.

Inotai, A., *Impact of EU Accession on the Economic Co-operation Among the New Member Countries*, Paper presented in Warsaw, September 2002.

Inotai, A., *Strategic Issues of EU Enlargement*, Forum, July/August 2002.

Inotai, A., 'Wirtschaftliche Aspekte: Kosten und Nutzen', in R. Langewiesche and A. Toth (hrsg.), *Die Einheit Europas, Zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen der EU-Erweiterung*, EGI (Europäisches Gewerkschaftsinstitut), s.l., s.d.

Janning, J., *Prospects and Risks, Beyond EU enlargement, Strategy Paper for a wider Europe*, Bertelsman Stiftung, Munich, 2002.

Jouen, M., *Compte-rendu: Voix d'Europe*, Summary of the Seminar, Groupement d'études et de recherches, Notre Europe, Lausanne, 2002.

Jouen, M., *L'Élargissement de l'Europe: quelques conséquences pour la France*, Paris, 2002.

Karlsson, B., *What Price Enlargement? Implications of an expanded EU*, Report to the Expert Group on Public Finance, Ministry of Finance, Stockholm, 2002.

Keating, M., and Hughes, J.(ed.), *The Regional Challenge in Central and Eastern Europe, Territorial Restructuring and European Integration*, forthcoming.

- Keating, M., *Regionalisation in Central and Eastern Europe. The diffusion of a western model?*, forthcoming.
- Kühnhardt, L., *Die Europäische Union, Fragen zur Erweiterung*, Vertretung der Europäische Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 2002.
- Mair, P. and Zielonka, J.(ed.), *The Enlarged European Union, Diversity and Adaptation*, London, 2002.
- Mayhew, A., *Recreating Europe, The European Union's Policy towards Central and Eastern Europe*, Cambridge, 1998.
- Michalski, A. and Wallace, H., *The European Community: the Challenge of Enlargement*, Royal Institute of International Affairs, London, 1992.
- Ministère des Finances Français, *Argumentaire Économique et Commercial sur L'Élargissement de L'Union européenne*, Paris, Jan. 2003.
- Ministerie van Buitenlandse Zaken, *De Staat van de Europese Unie*, Den Haag, 2001.
- Monar, J., *Enlargement-Related Diversity in EU Justice and Home Affairs: Challenges, Dimensions and Managements*, WRR, The Hague, 2002.
- Monar, J., *EU Justice and Home Affairs in Eastern Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies*, CES Discussion Paper, ZEI Rheinische Freidrich Wilhelms-Universität, Bonn, 2001.
- Murray, A., *The Lisbon Scorecard III: The Status of Economic Reform in the Enlarging EU*, CER, London, 2003.
- Nahuis, R., *One Size fits all?, Accession to the Internal Market; an Industry Level Assessment of EU enlargement*, CPB Discussion Paper, Oct. 2002.
- Nilson, H.G., *Decision-making in EU Justice and Home Affairs: Current Shortcomings and Reform Possibilities*. Sussex European Institute Working Papers, Sussex, 2002.
- Open Society Institute, *Monitoring the EU accession process: Judicial Capacity*, Open Society Institute, s.l., 2002.
- Pelkmans, J., *Economic Implications of Enlargement*, Bruges European Economic Policy (BEEP) Series Briefing No. 1, Bruges, 2002.
- Pelkmans, J., Gros, D., Nunez Ferrer, J., *Long-Run Economic Aspects of the European Union's Eastern Enlargement*, WRR, The Hague, 2000.
- Piorko, I. and Sie Dhian Ho, M., *Integrating Poland in the Area of Freedom, Security and Justice*, s.l., s.d.
- Piorko, I. and Sie Dhian Ho, M., *The Costs and Benefits of Polish Accession to the EU in the Field of Justice and Home Affairs*, Warsaw, 2003.
- Principles and Recommendation from the European Consultative Forum on the Environment and Sustainable development, s.l., 1998.
- Reed, Q., *Corruption and EU enlargement: Who is Prepared?*, Open Society Institute, 2002.
- Romanian Academic Society, 'Corruption and Organised Crime in South East Europe, Many Organisations, Few Results', *UNDP Regional Early Warning Report Southeastern Europe*, no. 2, s.l. 2003.
- Sadurski, W., 'Charter and Enlargement', *European Law Journal*, vol. 8, No. 3, September 2002, Oxford, pp. 340-362.
- Scientific Council for Government Policy, *Reports to the Government, towards a pan-European Union*, WRR, Den Hague, 2001.
- Sedelmeier, U. and Wallace, H., Eastern Enlargement, Strategy or Second Thoughts, in: H. Wallace and W. Wallace, *Policy-Making in the European Union*, Oxford, 2000, pp. 427-460.
- Steunenber, B. and Van Halem, J. (ed.), *European Governance, Widening and Deepening: the Challenge of EU enlargement*, Leiden, 2001.
- Swenson, et al., Action Plan for the Conservation of the Brown Bear in Europe (*Ursus arctos*), in: *Nature and Environment*, No.114., Council of Europe, October 2000.



- Triandafyllidou, A. and Kotic, A., *Albanian and Polish Migration to Italy: The Micro-Processes of Policy, Implementation and Immigrant Survival Strategies*, Florence, s.d.
- Triandafyllidou, A. and Spohn, W.(ed.), *Europeanisation, National Identities and Migration, Changes in Boundary Constructions between Western and Eastern Europe*, New York, 2003.
- United Nations Secretariat, *Replacement Migration: Is it a solution to declining and ageing populations?*, Population Division Department of Economic and Social Affairs, New York, 2000.
- Verheijen, A.J.G., *Administrative Capacity Development, A Race Against Time?*, WRR, The Hague, 2000.
- Von Hagen, J.S., et al., *The Lisbon Review 2002-2003: An Assessment of Policies and Reforms in Europe*, World Economic Forum, Geneva, 2002.
- Wacziarg, R., 'The Elusive Quest for Growth', *Journal for Economic Literature*, Vol XV (September 2002), pp. 907-918.
- Wagener, G., *Beyond Borders, Widening Circles*, s.l., s.d.
- Wallace H. and Wallace W., *Policy Making in the European Union*, Oxford, 2000.
- Wallace H., *Coming to terms with a larger Europe: Options for economic integration*, Sussex European Institute Working Papers, Sussex, 1998.
- Waters, T., *Judges for a New Order: The Case for Continued Monitoring after Membership*, Open Society Institute, 2002.
- Wolczuk, K and Wolczuk, R., *Poland and Ukraine, A strategic Partnership in a Changing Europe?*, Royal Institute for International Affairs, London, 2003.
- Wolf, J., *The Future of European Agriculture*, London, 2002.
- World Bank, *World Development Report 1999/2000, Entering the 21<sup>st</sup> Century*, Washington, 2000, pp. 87-104.
- World Wild Fund For Nature, *An agenda for Accession*, s.l., 2000.
- World Wild Fund For Nature, *EU Enlargement Enriches the EU, WWF Accession initiative*, s.l., 2001.
- World Wild Fund For Nature, *Treasures for the New Europe*, s.l., 2001.
- Zielonka, J. (ed.), *Democratic Consolidation in Eastern Europe, Institutional Engineering*, vol. 1, Oxford, 2002.
- Zielonka, J. (ed.), *Europe unbound, Enlarging and reshaping the boundaries of the European Union*, London, 2002.

© 2003 Wim Kok and the Robert Schuman Centre for Advanced Studies

Published by the European University Institute,  
San Domenico di Fiesole, Italy, in March 2003

Reproduction is authorised provided the source is acknowledged